Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Donnerstag. — Bezugspreis: 55 Goldpfennig monatlich zuzüglich 10 Pfg. Postzustellungsgebühr. — Bestellungen auf den „Politischen Wegweiser" nehmen alle Postämter und der Verlag Halle a. S., Leipzigerstr. 21, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verspätung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zweigespaltene Nonpareille-Zeile 20 Goldpfg. — Im Reklameteil 1 Mk. — Anzeigen-Annahme durch den Verlag, Halle a. S., Leipzigerstr. 21. — Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle a. S., Leipzigerstr. 21. — Schriftleitung: Halle a. S., Leipzigerstr. 21, Tel. 1277. — Druck: Buchdruckerei der Hallischen Nachrichten, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 13.

Nummer 10 | Halle (S.), Sonnabend, 16. Mai 1925 | 1. Jahrgang

Hindenburgs Bekenntnis zur Volkssouveränität

Deutschnationale Enttäuschungen.

In Preußen scheint die Deutsche Volkspartei, die durch sie herauftbeschworene gänzlich überflüssige fünfmonatliche Krise endlich zu bereuen; sie hat sich zum ersten Male aus der Gefolgschaft der Deutschnationalen befreit: Fünf Mitglieder der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei haben an der Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Braun nicht teilgenommen, so daß es mit 222 gegen 216 Stimmen abgelehnt wurde. Wie sich die Dinge in Preußen weiter gestalten werden, läßt sich noch nicht voraussagen; vorläufig buchen wir den Erfolg, daß die Deutsche Volkspartei endlich die Sinnlosigkeit und Unverantwortlichkeit ihres Zerschlagens der erprobten großen Koalition in Preußen einzusehen scheint. Die Deutschnationalen haben hier eine empfindliche Schlappe erlitten. Dazu kommt ihre Blamage bei den Aufwertungsverhandlungen, über die an anderer Stelle dieses Blattes ausführlich berichtet wird.

Es geht überhaupt nicht alles nach ihren Wünschen; auch der Einzug und die Vereidigung Hindenburgs dürften ihnen manche Enttäuschungen gebracht haben. Zwar waren von auswärts Verstärkungen der „Vaterländischen" Verbände eingetroffen, so daß die Reaktion durch ein, wenn auch stellenweise sehr dünnes Spalier die Vorläufungen eines schwarz-weiß-roten Berlin ermöglichen konnte; — obgleich die Reichshauptstadt bekanntlich zu Zweidrittel gegen Hindenburg gestimmt hat! Da das Reichsbanner sich leider an den Einzugsfeierlichkeiten nicht beteiligte, wurde der Rechten ihre Irreführung wie ihre Tollheit erleichtert. Denn als Taktlosigkeit, um nicht zu sagen: Frivolität, muß man es bezeichnen, wenn am Vorabend des Tages, an dem Hindenburg die republikanische Verfassung und ihre Farben beschwören soll, die Fahnen, die leider zum Kampfsymbol gegen unseren heutigen Staat geworden sind, und wenn verbotene Verbände, mit Hakenkreuzen, die Kapp-Putsch und Bürgerbräuputsch Einjährige haben, den neuen Reichspräsidenten aufdringlich grüßen. Allein den Gipfel der geplanten Anmaßungen zu erklimmen, wurde ihnen im Interesse der öffentlichen Ordnung untersagt: Den Präsidenten der Republik mit dem Fridericus Rex Marsche zu empfangen und ihn dadurch zum Statthalter der Monarchie zu stempeln.

Schon vor der Wahl Hindenburgs hat Graf Reventlow in seinem „Reichswart" zynisch erklärt: „Sogenannte moralische Bedenken kommen für uns hinsichtlich „innerer Aufstände" zwar nicht in Betracht, sondern nur die Erkenntnis der Erfolglosigkeit der Sicherheit des Mißerfolges". Sobald also die Rechtsbolschewisten den Erfolg gesichert glauben, werden sie, auch über Hindenburg hinweg, die Gegenrevolution in Szene setzen ... Graf Westarp meint nach der Wahl Hindenburgs in der „Kreuz-Zeitung": ... Ebenso sicher aber ist, daß die Ideen und Wünsche, die zu dem Siege des 26. April geführt haben, bis zu Ende durchgedacht in dem monarchistischen Gedanken gipfeln. Diese Entwicklung in unausgesetzter treuer Werbearbeit zu fördern, ist die Aufgabe." Graf Westarp muß gestatten, daß das republikanische Deutschland ihn in seiner Werbearbeit ein wenig zu stören gedenkt. Und wenn selbst Hindenburg nicht die Hälfte der deutschen Wähler auf seiner Seite hatte, so wird nach allem Erlebten eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes, wenn es danach gefragt werden sollte, sich gegen die Wiedereinführung der Monarchie aussprechen.

Die größte Enttäuschung mag den Rechtsradikalen jedoch der neue Reichspräsident selber verursacht haben, der nach seiner feierlichen Vereidigung im Reichstage unter dem alten Banner von 1848 in seiner Rede an den Reichstagspräsidenten Löbe ein dreifaches Bekenntnis ablegte: Einmal zur „republikanischen Verfassung vom 11. August 1919", zum anderen zur „Volkssouveränität, die die Grundlage unseres gesamten heutigen Verfassungslebens bildet". „Das ist", so fuhr Hindenburg fort, „der tiefe Sinn der Verfassung, auf die ich mich soeben durch mein Manneswort feierlichst verpflichtet habe." Endlich zur Aufgabe des Reichspräsidenten, der „überparteilichen Zusammenfassung aller arbeitswilligen und aufbaubereiten Kräfte unseres Volkes."

Dieses Bekenntnis zu Verfassung, Volkssouveränität und Volksgemeinschaft wird im demokratischen und republikanischen Deutschland freudigen Widerhall finden. Ebenso, nachdem das „Deutsche Tageblatt" gefühnt: „Was hat Herr Ebert mit Hindenburg zu schaffen, Herr Ebert, der von dem Geiste des Barmatismus überschattet in Magdeburg moralisch auf der Anklagebank saß und verurteilt wurde?" — danken wir Republikaner dem Reichspräsidenten für die Worte, die er seinem unvergeßlichen Vorgänger widmete.

Ob sich Hindenburg durch dies alles bei seinen monarchistischen Freunden überaus beliebt gemacht hat, ist eine andere Frage. Schon unterschlägt die Hugenberg-Presse die ihr unbequeme Aeußerung des Reichspräsidenten über die Volkssouveränität; dieses Bekenntnis zur Demokratie ist ihr selbstverständlich überaus fatal.

Allein es will fast scheinen, als ob der neue Reichspräsident — wie Shakespeares Heinrich V. nach seiner Krönung — einen deutlichen Strich zwischen sich und seine früheren Gefährten zu ziehen beabsichtige. Sollte das der Fall sein, so wird er das republikanische Deutschland auf seiner Seite haben.

Wir glauben an die lauteren Absichten des Reichspräsidenten, aber wir mißtrauen den Kreisen, die ihn aufgestellt haben, bis zum Aeußersten.

Hindenburg will „nicht einem einzelnen Stande, nicht einem Stamm oder einer Konfession, nicht einer Partei, sondern dem gesamten, durch hartes Schicksal verbundenen deutschen Volke in allen seinen Gliedern" gehören.

Reichspräsident, werde hart!

F. M. D.

Zwei Kundgebungen Hindenburgs.

An das Deutsche Volk.

Reichspräsident v. Hindenburg hat aus Anlaß der heutigen Amtsübernahme folgende Kundgebung an das deutsche Volk erlassen:

Am 26. April 1925 hat mich das deutsche Volk zu seinem Reichspräsidenten gewählt. Am heutigen Tage habe ich das neue, bedeutungsvolle Amt angetreten.

Getreu dem von mir geleisteten Eide, will ich alle meine Kräfte daran setzen, dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen, die Verfassung und die Gesetze zu wahren, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben.

In dieser feierlich-ernsten Stunde rufe ich unser ganzes deutsches Volk zur Mitarbeit auf. Mein Amt und mein Streben gehören nicht einem einzelnen Stande, nicht einem Stamm oder einer Konfession, nicht einer Partei, sondern dem gesamten, durch hartes Schicksal verbundenen deutschen Volke in allen seinen Gliedern.

Ich vertraue auf den Beistand des ewigen Gottes, der uns auch durch die schwere Notzeit unserer Tage gnädig hindurchführen wird. Ich vertraue auf die in einer stolzen und ruhmreichen Vergangenheit bewährten unsterblichen Lebenskräfte der deutschen Nation. Ich vertraue auf den gerade auch in schwerster Zeit immer wieder gezeigten opferbereiten Lebenswillen unseres Volkes.

Ich vertraue endlich auf den großen Gedanken der Gerechtigkeit, dessen mit aller Kraft zu erstrebender Sieg auch dem deutschen Volke wiedergeben wird einen Platz in der Welt verschaffen wird. Mein erster Gruß gilt allen denen, die unter der Not unserer Zeit besonders leiden. Er gilt den Vielen, die im harten wirtschaftlichen Ringen um ihr Dasein stehen. Er gilt dem ganzen arbeitenden deutschen Volke, von dem die schwere Lage von Staat und Wirtschaft besondere Leistungen erfordert. Er gilt den Volksgenossen außerhalb der deutschen Reichsgrenzen, die mit uns durch Bande des Blutes und der großen deutschen Kulturgemeinschaft unlöslich verbunden sind. Er gilt besonders den Alten und Kranken, die voll Sorge einem trüben Lebensabend entgegenblicken. Und er gilt endlich unserer Hoffnung, unserer deutschen Jugend.

Wir wollen auch weiterhin gemeinsam streben, durch ehrliche, friedliche Leistungen unserem berechtigten Anspruch auf Achtung und Anerkennung bei den anderen Völkern Geltung zu verschaffen und den deutschen Namen von ungerechtem Makel zu befreien, der heute noch auf ihm haftet. Durch Selbstachtung zur Achtung der Welt, durch Selbstvertrauen zum Vertrauen der Anderen!

Wir wollen alle danach trachten, in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Gemeinschaftslebens jedem einzelnen Stand und Volksgenossen sein tägliches Brot, seinen Anteil am deutschen Kulturgut und seine würdige Stellung in der Volksgemeinschaft zu sichern.

Das Reichsoberhaupt verkörpert den Einheitswillen der Nation. Darum reiche ich in dieser Stunde jedem Deutschen im Geiste die Hand. Gemeinsam wollen wir um unserer teuren Toten, um unserer Kinder und Kindeskinder willen ungebeugten Mutes den schweren Weg gehen, der uns durch wahren Frieden zur Freiheit geleiten soll.

*

An die Wehrmacht.

Reichspräsident v. Hindenburg hat an die Wehrmacht folgenden Erlaß gerichtet:

An die Wehrmacht.

Das Vertrauen des deutschen Volkes hat mich an die Spitze des Reiches berufen.

Ich übernehme mit dem heutigen Tage nach der Verfassung den Oberbefehl über die Wehrmacht.

Mit Stolz und Freude begrüße ich Heer und Marine.

Ich habe den Werdegang der Wehrmacht in der Stille von Hannover beobachtet. Geradeaus und unbeirrt ist sie dem deutschen Volke den Weg vorangegangen, auf dem allein der Wiederaufstieg liegt: Durch harte Zucht und Treue auch im Kleinsten aufwärts zu Leistung und Erfolg.

Im alten Sinn für Pflicht und Opfer liegen ihre Wurzeln, ihr Handeln aber gilt der Gegenwart und Zukunft, dem Dienst an Volk und Staat, getreu ihrem Eid und den Aufgaben, die ihr die Verfassung stellt.

Mit fester Zuversicht vertraue ich auf die deutsche Wehrmacht bei meiner Arbeit für das Vaterlandes Ruhe und Gedeihen.

Berlin, 12. Mai 1925.

Der Reichswehrminister. Dr. Geßler. | Der Reichspräsident. v. Hindenburg.

„Zusammenbruch" der Demokratie?

Von

Anna Papritz.

Hat der Ausfall der Wahl wirklich den „Zusammenbruch" der Demokratie erwiesen, wie unsere politischen Gegner in ihrem trunkenen Siegestaumel behaupten? Man sehe die Sache einmal nüchtern an: Hindenburg, der Paladin der Wicking-Bismarck-Stahlhelmbündler, die demnächst mit der wehenden schwarz-weiß-roten Fahne in Frankreich einziehen wollen, wie Hitler s. Z. versprach, hat die Verfassung beschworen. Er stellt sich also auf den Boden der demokratischen Republik. Er erkennt damit an, daß eine andere Staatsform eine Unmöglichkeit ist. Er erkennt damit auch die Notwendigkeit der „Verständigungspolitik" an, die von den säbelrasselnden Helden als „Vaterlandsverrat" gebrandmarkt wurde. Alles, was jene Rechtsradikalen umstürzen wollen, wird jetzt von Hindenburgs starker Hand gestützt. Wozu also der Siegesjubel? Die Demokraten sind bei der Wahl durch eine geringe Majorität geschlagen, aber die demokratische Idee hat einen Sieg erfochten, den man vor wenigen Jahren noch für unmöglich gehalten hätte! Sie hat damit ihre Lebensfähigkeit, ja ihre Unsterblichkeit bewiesen. „Der Geist lebt in uns allen", wie es in dem alten schwarz-rot-goldenen Freiheitsliede heißt, und dieser Geist ist nicht zu ersticken. Er muß sich aber jetzt, nach unserer scheinbaren Niederlage, doppelt lebendig erweisen. Wir müssen durch unsere politische Arbeit beweisen, daß wir die Kulturträger sind, die zu Deutschlands Wiederaufbau die besten Steine herbeitragen.

Wichtige Gesetze harren ihrer Erledigung. Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das Gemeindebestimmungsrecht, das Bewahrungsgesetz. Alle diese Gesetze sind getragen von demokratischem Geist. Das ersteganannte Gesetz will aufräumen mit der Klassenjustiz, der „doppelten Moral", die bis jetzt alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Volksseuchen zur Unwirksamkeit verdammte. Das Gemeindebestimmungsrecht ist nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Selbstverwaltung, indem es der Gemeinde das Recht gibt, darüber zu bestimmen, wieviele Schankstätten in ihrem Bezirk die Konzession erhalten sollen. Und schließlich das Bewahrungsgesetz will eine alte antisoziale Form unseres Strafrechts in eine soziale Schutzmaßregel umwandeln, durch welche die unglücklichen Opfer erblicher Veranlagung und verderblicher Umwelt in Bewahrung genommen werden können. Die armen Menschen, die infolge geistiger Minderwertigkeit nicht imstande sind, ein geordnetes Leben zu führen und sich durch regelmäßige Arbeit zu erhalten, sollen nicht mehr als Uebeltäter verfolgt werden, sondern sie sollen ein Schutzheim erhalten, wo sie vor sich selbst und vor ihren Ausbeutern sichergestellt sind und zu einer ihrer Anlage entsprechenden Arbeit angeholten werden. — Es ist notwendig, daß sich die Allgemeinheit mit diesen Gesetzen befaßt, um sie in der Oeffentlichkeit zu vertreten und ihre Verwirklichung im Reichstag durchzusetzen. Die Annahme dieser Gesetze würde eine Kulturtat bedeuten und ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Demokratie.

Wir Demokraten wollen nicht — dem böseN Beispiel der Rechtsradikalen folgend — eine rücksichtslose Opposition treiben, sondern wir wollen produktive Arbeit leisten. Wir wollen uns verantwortungsbewußt hinter unseren Reichspräsidenten stellen und unseren Einfluß dahin geltend machen, daß Deutschland in dem bisherigen bewährten Kurs aufwärts geführt wird. Jetzt jubeln unsere äußeren Feinde — Franzosen und Polen — und unsere inneren Gegner, weil sie von Hindenburgs Regierung den Umsturz des Bestehenden erwarten. Wir sind überzeugt, daß ihnen eine herbe Enttäuschung bevorsteht, daß ihre verhängnisvollen Tendenzen im Nebel zerfließen werden und daß — wie Hindenburgs Wahl in gewissem Sinne einen Sieg der demokratischen Idee bedeutet — auch seine Regierung letzten Endes zu einem Erfolg und zu einer Stärkung unserer Grundsätze führen wird. Dazu bedarf es freilich der größten Wachsamkeit, der treuesten Pflichterfüllung und intensivsten Mitarbeit der Demokraten.

Der deutschnationale Aufwertungssachverständige gegen die Vorlage des Finanzministers.

Die Deutschnationalen wollen sich bei der Beratung über die Aufwertungsvorlage größte Enthaltsamkeit auferlegen und diese hochbedeutsame Frage nach Möglichkeit dem Parteistreit entziehen. So sprach Herr Hergt im Reichstag für die Deutschnationalen unter dem größten Gelächter vom Zentrum bis zu den Sozialdemokraten. Denn bisher haben die Deutschnationalen sich nicht die geringste Enthaltsamkeit auferlegt, und sie haben bei der Wahl für den Reichspräsidenten die größte Hetze gegen den Volksblock in der Aufwertungsfrage sich geleistet. Nachdem aber am Freitag der Aufwertungsmann der Deutschnationalen, Abgeordneter Professor Dr. Best, im Aufwertungsausschuß bei der Inflationsgewinnsteuer mit den Demokraten und den Sozialdemokraten gestimmt und die Front der Deutschnationalen verlassen hatte, ist diese Partei in die äußerste Verlegenheit versetzt worden. Diese Verlegenheit ging so weit, daß die Deutschnationalen gestern der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und sogar den Demokraten den Vorschlag machten, man solle sich dahin einigen, von einer Debatte im Reichstag abzusehen und sich auf die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung zu beschränken. Die Deutschnationalen holten sich aber bereits beim Zentrum einen Korb. Das ist auch begreiflich, denn die Deutschnationale Partei, ihre Presse und ihre Flugblätter haben ja gerade den Zentrums-Reichskanzler Marx als Präsidentschaftskandidaten in der unglaublichsten Weise wegen der Aufwertungsfrage verdächtigt. So kam es also zu keiner gemeinsamen Erklärung, die natürlich die Demokraten von vornherein ablehnen mußten.

Der Abgeordnete Keil von der sozialdemokratischen Partei war in der Lage darauf hinzuweisen, daß der bereits genannte Abgeordnete Best von der Deutschnationalen Partei im Aufwertungsausschuß gesagt hat, die Regierungsvorlage — also wohlgemerkt, die Vorlage des deutschnationalen Reichsfinanzministers — atme nicht den Geist deutscher Ehrlichkeit, sondern den Geist des internationalen Großkapitals und der rechtlichen und sittlichen Verwilderung. Man kann sich nicht wundern, daß die Erklärung, die der deutschnationale Abgeordnete Hergt vorlas, sich drehte und wendete und letzten Endes erklärte, daß zwar seine Partei den Grundgedanken der Aufwertungsvorlagen allgemein billige, aber doch in einigen Punkten Verbesserungen wünsche. Auch das Zentrum ließ durch den Abgeordneten Dr. Schetter verkünden, daß Verbesserungen notwendig seien. Eine ähnliche Erklärung gab der Abgeordnete Dr. Wunderlich für die Deutsche Volkspartei ab.

Eine ebenso erfrischende wie gründliche Abrechnung mit den Rechtsparteien hielt der demokratische Abgeordnete Dietrich-Baden. Er ging mit den Versprechungen der Rechtsparteien, besonders der Deutschnationalen Partei, von denen bis jetzt nichts erfüllt werden konnte, gründlich ins Gericht. Er wies darauf hin, daß die jetzigen Erklärungen der Rechtsparteien bereits als ein Versuch angesehen werden müssen, sich um das Eingeständnis herumzudrücken, daß die Inflationsverlierern jahrelang unerfüllbare Versprechungen gemacht hat. Noch in der letzten Wahlbewegung habe man den Wählern die Individualaufwertung versprochen. Nach den jetzigen Erklärungen der Rechtsparteien hat man dieses Versprechen ebenfalls bereits aufgegeben. Abgeordneter Dietrich nahm dann die Regierungsvorlage unter die Lupe und besprach sie eingehend. Er forderte im Namen der demokratischen Fraktion eine Aufwertung der Spareinlagen in angemessenen Grenzen. Bei der Aufwertung der öffentlichen Anleihen könne man kaum einen Unterschied zwischen den Schulden des Reiches und der Länder machen. Das müsse mindestens für die Eisenbahnschulden der Länder gelten, die das Reich übernommen hat. Vor allem betonte er dann unter lebhafter Zustimmung, daß die Kriegsanleihezeichner nicht schlechter behandelt werden dürften, als andere Anleihezeichner. Mit großer Schärfe trat er dagegen auf, daß man durch die Regierungsvorlage die Spekulation, die in gewinnsüchtiger Absicht Reichsanleihen erworben habe, gewissermaßen in gleicher Weise berücksichtigen wolle, wie die Altbesitzer von Reichsanleihen. Das dürfe keinesfalls geschehen. Die Deckung der von der Demokratischen Partei geforderten weitgehenden Aufwertung muß vor allem durch die Vermögenszuwachs- und Erhaltungssteuer erfolgen, die ja jetzt vom Ausschuß gegen die Stimmen der Rechtsparteien beschlossen worden ist. Der Redner forderte die Regierung auf, ihren Widerstand gegen eine gerechte Aufwertung aufzugeben. Die von der Regierung angeführte Verarmung der deutschen Wirtschaft ist kein Argument gegen die Aufwertung. Denn die Folge der Aufwertung, so betonte er richtig, kann nicht ein Verlust an Kapital, sondern nur eine Aenderung in seiner Verteilung sein. Eine neue Inflation sei nicht zu befürchten. Die Demokratische Partei habe praktisch mehr für die Aufwertung getan als die Parteien der Rechten. Der Redner erntete außergewöhnlich großen Beifall.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19250516-13/fragment/page=0001

Ein Riß in der deutschnationalen Fraktion.

Die deutschnationale Fraktion im Reichstag ist wegen der Regelung der Aufwertungsfrage in große Schwierigkeiten gekommen. Wir haben oben auf die Kluft, die zwischen den Darlegungen des deutschnationalen Abgeordneten Best im Aufwertungsausschuß und der Erörterung des Abgeordneten Hergt im Plenum des Reichstages besteht, hingewiesen. Es hat sich an diesem Freitag auf, daß während der Plenarsitzung die Deutschnationalen eine mehrstündige Fraktionssitzung abhielten, in der es, wie wir hören, sehr stürmisch zugegangen ist. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir nun, daß die Dinge bei den Deutschnationalen so stehen, daß die Aufwertungsschlacht, die Abgeordneten Best und Steininger, erklärt haben, daß, wenn die Führung der Deutschnationalen ihre Taktik in der Aufwertungsfrage nicht ändern sollte, sie für die Anträge der Linksparteien stimmen würden. Man spricht davon, daß nach den beiden genannten Abgeordneten noch etwa 20 andere deutschnationale Abgeordnete Gefolgschaft leisten würden. Im Augenblick ist Herr Hergt eifrig bestrebt, die in der deutschnationalen Fraktion hochgehenden Wogen zu glätten, was ihm aber wohl schwerlich gelingen dürfte.

Professor Hummel in Magdeburg.

Finanzminister v. Schlieben als „Fanatiker der Erfüllungspolitik". — Die Haltung der Rechten in der Aufwertungsfrage ist Volksbetrug.

Auf dem Bezirkstag der Deutschen Demokratischen Partei im Wahlkreis 10 (Magdeburg-Anhalt) sprach Staatssekretär Dr. Hummel über die politische Lage. „Das Ergebnis der Reichstagswahl", so führte er aus, „war eine Kundgebung für den republikanischen Gedanken. Unsere Ihnen haben nichts verloren. Wenn wir jetzt, nachdem die Reichspräsidentenwahl vorbei ist, die Lage übersehen, so ergibt sich, daß durch die Arbeit der Demokratischen Partei, in Verbindung mit Zentrum und Sozialdemokraten, in den letzten sechs Jahren die republikanischen Einrichtungen so gefestigt waren sind, daß es dem neuen Präsidenten, selbst wenn er es wollte, was ich nicht glaube, nicht gelingen würde, sie zu erschüttern, denn diese Einrichtungen haben eine starke Kraft in sich selbst und sind besonders für unsere zukünftige Außenpolitik von der allergrößten Bedeutung. Wir werden die Republik bewachen. Die ganze Frage der eventuellen Herbeiführung der Monarchie ist überhaupt nicht so ernst zu nehmen. Die Prätendenten würden schwer miteinander ringen. Rechtsstehende Kreise, die unter der Monarchie niemals an ein Ministeramt gedacht haben, zeigen jetzt einen starken Appetit nach einem Ministersessel. Sie werden sich sehr besinnen, die Republik stürzen zu wollen. Eine Sicherheit der Republik bietet die Schaffung der Reichsbahn und des Reichsfinanzsystems. Rechtsparteien wie Reichspräsident werden es sich überlegen, bevor sie Erschütterungen herbeiführen, die die Verhandlungen mit dem Ausland schädigen und unsere Währung vernichten müßten. Es gibt eine Grenze auch für „nationale" politische Dummheit. Hindenburg ist der einzige General des letzten Krieges, der sein Ansehen erhalten hat. Er gilt als loyaler und verständiger Mann, und in seiner Vergangenheit liegt die Gewähr für sein Handeln in der Zukunft. Hoffen wir, daß Hindenburg eine vernünftige Politik nach innen und außen übt. Das Ausland, die Weltwirtschaft drängen stark nach endgültiger Ordnung der Dinge. Wenn der Sieg der Rechten dazu führen, daß sie sich selbst Lügen straft: denn sie wird diese Politik treiben müssen, die die Weimarer Koalition betrieben hat. Dadurch aber könnte eine Entgiftung der innenpolitischen Lage eintreten. Die Rechte muß sich selbst der giftigen Waffen berauben, mit denen sie uns bekämpft hat. Dadurch wird eine Beruhigung eintreten, eine Plattform der Sachlichkeit wird geschaffen werden, von der aus wir weiter arbeiten können. Wir Demokraten aber werden durch diese Entwicklung eine gewisse Elitenvorgestreiheit erhalten, die notwendig ist. Die Schichten des freiheitlichen und gebildeten Bürgertums, jetzt jeden politischen Einflusses beraubt, müssen ebenso zur Mitarbeit herangezogen werden, wie die breite Volksmasse. Praktische Wirtschaftspolitik muß getrieben werden, und die Demokratie wird in wirtschaftlichen und sozialen Fragen sich nicht von Demagogie, sondern lediglich von Sachlichkeit leiten lassen." Dr. Hummel kritisierte dann die Steuervorlage der Regierung in der schärfsten Weise. Sie beruhe auf falschen Grundsätzen und auf falschen Zahlen. Es gehe nicht an, Steuern auf Vorrat zu bewilligen. Eine oberflächliche Rede eines Finanzministers sei ihm noch nicht vorgekommen. Es müsse eine stärkere Klarheit über den Bedarf geschaffen werden und dann die Prüfung darüber, ob er richtig und notwendig ist, erfolgen. Minister von Schlieben stehe geradezu als Fanatiker der Erfüllungspolitik da. Wir werden die Thesaurierungspolitik der Regierung auf das schärfste bekämpfen. Wir verlangen Entlastung des Steuerprogramms, Erhöhung der Freigrenze, soziale Ausgestaltung; die Möglichkeit der Kapitalbildung muß geschaffen werden. Wenn man die Steuervorlagen genauer auf ihre Fehler prüft, wird man um die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer herumkommen. In der Aufwertungsfrage bezeichnet der Redner die Haltung der Rechten als größten Volksbetrug. Zu den Zollverhandlungen übergehend, erklärt er, die Demokraten würden die Kastanien für die Rechte nicht aus dem Feuer holen; wir wollen den spanischen Handelsvertrag, und wenn die Regierung darüber fällt. Zum Schluß erklärt Dr. Hummel, daß die Demokraten mit der Haltung des Reichsbannes wegen Fernbleibens bei der Einführung des Reichspräsidenten nicht einverstanden seien. Das Symbol der Reichsverfassung seien die Farben Schwarz-Rot-Gold. Sie müßten dokumentieren: „Wir stehen hinter dir, Präsident, solange du unsere Farben achtest."

Hindenburg über Friedrich Ebert.

Reden Hindenburgs und Dr. Simons' im Präsidentenpalais.

Hindenburgs Programm.

Ein Frühstück im Präsidentenpalais.

Nach der Vereidigung fand im Hause des Reichspräsidenten ein Frühstück statt, zu dem der bisherige Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, den Reichspräsidenten, den Major v. Hindenburg und Frau Gemahlin, den Reichskanzler und die Reichsminister, den Präsidenten des Reichstags, den Chefpräsidenten des Rechnungshofes, die Chefs der Heeres- und der Marineleitung sowie die Staatssekretäre des Bureaus des Reichspräsidenten und der Reichskanzlei eingeladen hatte.

Während des Frühstücks hielt der bisherige Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, folgende Ansprache:

Herr Reichspräsident!

Daß Sie meiner Frau und mir die Ehre erwiesen haben, vor unserem Abschied aus diesen Räumen mit dem Herrn Reichskanzler und den Herren der Reichsregierung unser werter Gast zu sein, dafür danken wir Ihnen von Herzen. Sie werden verstehen, daß mein letztes Recht und meine letzte Pflicht in diesem Hause, Amtshandlungen habe ich hier nicht mehr vorzunehmen; die Geschäfte der obersten Vertretung des deutschen Volkes habe ich in Ihre Hände gelegt. Aber ich weiß, daß ich den ganz überwiegenden Teil des deutschen Volkes, auch den Volksteil, der Sie, Herr Reichspräsident, nicht gewählt hat, noch jetzt verehre, wenn ich Ihnen für Ihre Präsidentschaft die warmsten Glückwünsche ausspreche. Nicht leicht ist es Ihnen geworden, dieses Amt zu übernehmen. Ein langes Leben voll Pflichttreue und Hingabe, voll ruhmreicher Siege und schwerer Selbstüberwindung gab Ihnen gerechtesten Anspruch auf einen ruhigen Lebensabend. Dennoch haben Sie sich dem deutschen Volke auch diesmal wieder selbstlos zur Verfügung gestellt, dem Volke, nicht der Partei. Daß diese Stelle dem Volke gehört, nicht der Partei, ist ja zu unserem Glück schon Tradition geworden. Möge das deutsche Volk Ihnen danken, möge Gottes Segen auf Ihrer Präsidentschaft ruhen, damit unter ihr das deutsche Volk in friedlicher Arbeit seinen angemessenen Platz unter den Völkern der Erde wieder einnehmen kann. Machen Sie dies tüchtige und willige Bereiter finden, die Sie bei Ihrem Streben zu diesem Ziel erfolgreich unterstützen, so daß die Zusammenarbeit sich so vertrauensvoll und ersprießlich gestaltet, wie ich es aus meiner kurzen Amtszeit all den verehrten Männern gegenüber bekunden darf, die ich heute an unserem Tische versammelt sehe. Wir aber, hochverehrte Anwesende, wollen unseren Dank und unsere Wünsche mit dem Rufe zum Ausdruck bringen:

Unser neuer Reichspräsident, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, er lebe hoch!

Reichspräsident v. Hindenburg erwiderte hierauf folgendes:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Es ist mir ein herzliches Bedürfnis, in diesem Hause, das nunmehr die Stätte meiner verantwortungsvollen Arbeit werden soll, und in dem ich heute noch Ihre und Ihrer Frau Gemahlin Gastfreundschaft genieße, Ihnen meinen wärmsten Dank zu sagen für die Aufnahme, die Sie mir bereiteten, und für die Worte, die Sie soeben an mich zu richten die Güte hatten. Mit mir — so hinich überzeugt — dankt Ihnen das ganze deutsche Volk für die hingebende Treue, mit der Sie sich dem Rufe der Volksvertretung zur Verfügung stellten, als vor plötzlichen Tod des ersten Reichspräsidenten eine vorübergehende Stellvertretung des Staatsoberhauptes notwendig machte. Während dieser Wochen haben Sie dem deutschen Volke mit dem gleichen Eifer und der gleichen Treue gedient, die Sie an diesen hohen und verantwortungsvollen Posten bewiesen haben.

Es ist nicht meines Amtes, das Wirken meines durch einen frühen und unerwarteten Tod aus seiner Arbeit gerissenen Herrn Amtsvorgängers zu kennzeichnen und zu werten. Diese Aufgabe hat Herr Reichskanzler Dr. Luther an der Bahre des Heimgegangenen erfüllt. Unbestritten ist sein Verdienst um Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Deutschland nach dem Zusammenbruch unseres Volkes. Das wird jederzeit dankbar im deutschen Volke auch von politischen Gegnern anerkannt werden. Sein Sterben war immer daraus gerichtet, dem deutschen Volke treu zu dienen.

An anderer Stelle habe ich wiederholt zum Ausdruck gebracht, von welchen Ueberzeugungen und Anschauungen ich mich bei meiner Amtsführung leiten lassen soll. Unser heutiges geselliges Zusammensein ist um wenigstens der rechte Ort, um politische Programme zu entwickeln. Mein langes und arbeitsreiches Leben liegt offen vor aller Augen. Ich werde mich auch in meinem neuen verantwortungsvollen Amte nur von dem einen Gedanken leiten lassen, in treuester Pflichterfüllung und unter Einsatz meiner besten Kräfte dem Volke und Vaterlande zu dienen. Die Anschauungen, die ich sie in der großen Schule der Pflichterfüllung, dem deutschen Heere, gewonnen habe, sollen auch für meine Friedensarbeit von Nutzen sein. Sie gipfeln in dem Satze, daß Pflicht vor Recht geht, daß jederzeit, besonders aber in den Tagen der Not, einer für alle und alle für einen stehen müssen. Das deutsche Volk hat in Zeiten schwerster Prüfung sein Schicksal in die eigene Hand genommen. Möge es beweisen, daß es dieser Selbstverantwortung gewachsen ist. Wir aber, meine Herren, wollen uns in dem heißen Bestreben zusammenfinden, treue Diener des Vaterlandes zu sein. In diesem Sinne vorwärts mit Gott!

„Das Vorspiel".

Von

Freiherr v. Authenberg-Komarois,

Kriegsminister a. D., Wien.

Der erste Band dieses großangelegten Werkes von Theodor Wolf ist im Verlag für Kulturpolitik in München erschienen.

Der Name des Verfassers, seine Stellung im publizistischen politischen Getriebe läßt es überflüssig erscheinen, über die Gründlichkeit der Arbeit und die Beherrschung der schwierigen Materie allgemeine Worte zu sprechen. Und eben diese hervorstechenden Qualitäten des geistvoll geschriebenen Werkes lassen es fast gewagt erscheinen, ihm in einer kurzen Tagschrift jene Würdigung angedeihen zu lassen, die es auch dann verdient, wenn man die Ansichten des Verfassers ab und zu nicht zu teilen vermag.

Das Vorwort bringt eine kräftige, gar nicht zu widerlegende Beweisführung gegen die gewaltsame Festlegung der Kriegsschuld in dem jeglichem Rechtsgefühl spottenden Verdikt der Friedensdiktate. Hierbei zitiert der Verfasser in sehr geschickter Weise die Worte des eigentlichen Inspirators jener Diktate, George Clemenceau, die dieser 30 Jahre vorher niedergelegt hatte.

In den darauffolgenden sechs Kapiteln wird die Politik des kaiserlichen Deutschlands bis nahe an den Kriegsbeginn einer rigorosen Durchforschung unterzogen. Rigoros, mit einer steigenden Sachkenntnis und geistvoll auf offizielle Quellen aus verschiedensten Archiven, Ressortleitungen und persönlichen Mitteilungen, die sich alle zu einer Kritik zusammenschließen, für die man nicht selten das Epitheton ornans „herbe" wählen muß. Namentlich hinsichtlich der persönlichen Einsprachnahme Wilhelms II. sowohl auf die leitenden Ideen als auf den laufenden Gang der Außenpolitik des großen Reiches. In längeren Abhandlungen sowie in einer Reihe von Aperçus wird die Gestalt und werden die oft wechselnden Bestrebungen des Trägers der Krone kritisch beleuchtet in Darbietungen, die einer kräftigen Dosis attischen Salzes nicht entbehren. Man muß sich aber im großen und ganzen diesen Vorstellungen um so mehr beugen, als sie einerseits die im Grunde doch bestandene Friedensliebe des Monarchen in seinen temperamentvollen Aeußerungen herausschälen, andererseits aber auch all jenen Eigenschaften Gerechtigkeit widerfahren lassen, die ihn ausgezeichnet haben. Aber freilich, all dies ändert nichts an der Tatsache, daß die politischen Ergebnisse weit mehr Fehlschläge als günstige Resultate erzielten, und daß sich zum Schluß jene Konstellation ergab, von der Bismarck vorausschauend sagte, daß sie „die Basis einer Revolution abgäbe, wie sie geschrlicher für Deutschland nicht sein könne."

Der Abschluß der englisch-französischen Entente cordiale vom 8. April 1904 war das sinnfälligste Zeichen des Zusammenbruches all jener Bemühungen, besser gesagt Experimente, mit der Absicht eingeleitet, ein Zusammengehen Deutschlands entweder mit England oder mit Frankreich zu erzielen. Diese Experimente werden in jener kaleidoskopartigen Reichhaltigkeit vorübergeführt, in der sie tatsächlich einander folgten und es wurden hierbei all die vielen Persönlichkeiten vor Augen gebracht, die fördernd oder störend, initiierend oder verzögernd wirkten. Natürlich unter Stizzierung all der Ereignisse, die in den Dezennien vor und nach dem Tode Wilhelms I. in so reicher Fülle zutage traten.

Als Leitmotiv kann da folgender Ausspruch des Verfassers vorgeführt werden: „Zwei große Bewegungen sind seit Jahrhunderten, oft unbewußt und unterirdisch, und dann im gesteigerten Augenblick doch immer wieder hervorbrechend, in Europa tätig gewesen: Der Drang Frankreichs zum Rhein und die Sehnsucht Rußlands nach Byzanz."

Dies machte sich schon im ersten Dezennium nach Wiedererrichtung des Deutschen Reiches geltend, in dem gewissermaßen als politische Kulminationspunkte der Berliner Kongreß im Frühjahr 1878 und der Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses — Herbst 1879 — zu verzeichnen sind. Bei aller Verehrung, die der Verfasser dem Wirken des Altreichskanzlers gezollt scheint ihm der Abschluß dieses Bündnisses doch nicht so ganz im Interesse Deutschlands gelegen gewesen zu sein. Er spricht dies namentlich in folgenden fein stilisierten Worten aus: „Aber wenn in der Periode, die mit dem Jahre 1879 abschloß, sein (Bismarcks) Genie mit unter von Wolken beschattet schien, so haben um so bewundernswerter seine alles überragende und vorausschauende Klugheit und seine sicher vorwärts führende Hand in den folgenden Jahren gezeigt." Gemeint und dann auch im Detail dargelegt sind Bismarcks stets geglückte Versuche, den Zweifrontenkrieg zu vermeiden und hierzu speziell Oesterreich und Rußland auseinander zuhalten. Hierbei, sowie bei etlichen anderen Gelegenheiten, wird auch die vielumstrittene Frage der „Präventivkriege" eingehend besprochen. Der Verfasser stellt sich hierbei gänzlich auf Seite Bismarcks, der bekanntlich jeglichen Präventiv- — oder wie er ihn auch nennt — „prophylaktischen" Krieg perhorreszierte. Da wäre aber wohl zu bedenken, daß es in dem so eminent praktischen Metier — Politik — fixe Dogmen nicht geben sollte. Just die Geschichte Preußens liefert dafür ein sprechendes Beispiel: Hätte Friedrich II. im Jahr 1756 den präventiven Einfall in Sachsen und Böhmen (Siebenjähriger Krieg) nicht gewagt, sondern gewartet bis die Riesenkoalition des Fürsten Kaunitz voll geschlossen gewesen wäre, so hätte Preußen nie jen „schmucke Fregatte" werden können, als die sie Bismarck im Jahre 1862 völlig entzückt charakterisiert. Sondern es hätten — um im Bilde zu bleiben — etwa im Jahre 1757 die Orlopschiffe Oesterreich, Frankreich, Rußland die damalige Korvette Preußen sicher in der Grund geschossen. Im Kriegsjahr 1887/88 aber hat Bismarck weniger durch die Doktrin der Verwerflichkeit eines Präventivkrieges als durch den Umstand zurückgehalten worden sein, daß Wilhelm I. 90 Jahre zählte, der Thronfolger todkrank, Moltke und die anderen Paladine der Jahre 1870/71 schon lange über altert gewesen waren. Diese Imponderabilien dürften bei dem Realpolitiker schwerer gewogen haben, als das Dogma vom Präventivkrieg jedwedem Gedanken eines solchen. Aehnlich, wenn in den Details auch anders geartet, lagen die im Werke eingehend besprochenen Verhältnisse im Jahre 1908/09. Speziell die Lenker Oesterreich-Ungarns mußten bezw. sollten sich sagen, daß nach all dem Gewordenen es für das alte Reich nur zwei Wege gab: entweder Krieg in einem relativ günstigen Zeitmoment oder freiwillige Abdikation; was aber bezüglich eines größeren, vielbundesstaatigen Wesens ein geschichtliches Novum gewesen wäre. Man wählte keinen dieser beiden Wege. Da kam dann die Situation vom Juli 1914. Das war dann allerdings kein Präventiv-, wohl aber ein Verzweiflungskrieg.

Und auch das Anathema, das der Verfasser gegen „politisierende Generale" der Bausch und Bogen schleudert, sollte nur cum grano salis aufgefaßt werden. Gewiß, eine militärische Kamarilla, ein brandbaßerisches Säbelrasseln ist unter allen Umständen verwerflich. Doch warum sollten an obersten und vor allem an verantwortlichsten Stellen stehende Militärs nicht auch Einsicht und Geschicklichkeit in jenen politischen Fragen besitzen, die sich schließlich auf Krieg oder Frieden beziehen? Nicht ebensogut als Männer, die mitunter gar keine tiefsinnderte politische Praxis hinter sich haben, aber doch durch Fürsten- oder Parlamentsgunst an erste Stellen gesetzt wurden? Uebrigens fühlten sich Alexander, Cäsar, Friedrich II., Napoleon in erster Linie doch als Feldherren, also Militärs; und Prinz Eugen war nicht nur der ausgezeichnetste Feldherr, sondern neben Kaunitz auch der bedeutendste Staatsmann des römisch-deutschen Kaiserreiches; und gerade wird auch dem preußischen General Scharnhorst niemand staatsmännische Qualitäten absprechen.

Eine detailliierte und scharfe Charakteristik erhält in dem inhaltsreichen Werke die meist sehr gewürzte Korrespondenz Wilhelms II. mit seinem Vetter Nikolaus II. (Rich). Politischen Inhalts voll, mit weitgesteckten, allerdings ab und zu auch phantastischen Zielen vermochten sie nicht Rußland von der Entente loszureißen. Die Entreißungsversuche scheiterten schließlich trotz all der Gegenbestrebungen die Oberhand.

Von den unendlich vielen führenden Gestalten, die der Verfasser in seinem Werk Revue passieren läßt, wird — von Bismarck abgesehen — der Fürst Bülow am ehrendsten charakterisiert; speziell hinsichtlich der außerordentlich geschickten Leitung in der aus der Annexion Bosniens hervorgegangenen schweren europäischen Krise. Der Verfasser zitiert da die Worte des bekannten französischen Politikers Tardieu. Er sagt: „Nicht ein Feldherr, keine Unklugheit, Zurückhaltung ohne Furcht, Kaltblütigkeit ohne Großsprecherei. Bülow hat in den Tagen der Ungewißheit geschickt gefreut, dann sei er scharf vorgegangen. Das sei eine vorbildliche positive Politik." Daran knüpft der Verfasser noch die Worte: „Zaristischlich hatte Bülow nicht nur den österreichischen Prozeß, sondern am Schlusse auch die österreichische Politik gestuhrt."

Ein Urteil, gegen das der damalige Leiter der österreichisch-ungarischen Außenpolitik — wenn er noch leben würde — gewiß Protest erheben würde; zumal ihn ein hohes Selbstbewußtsein erfüllte.

Nur wenige Streiflichter konnten hier auf ein kritisches Sammelwerk geworfen werden, von dem man bei aller Objektivität sagen muß, daß es von all jenen gelesen — nein studiert werden sollte, die sich mit Politik und mit der Geschichte des so überaus ereignisreichen letzten Halbjahrhunderts befassen. Sie werden hierbei auch den hohen ästhetischen Genuß empfinden, den ein ebenso formvollendetes wie geistreich geschriebenes Buch zu bieten vermag.

Und handeln sollst du so, als hinge
Von dir und deinem Tun allein
Das Schicksal ab der deutschen Dinge,
Und die Verantwortung wär' dein!

*

Wir wollen errichten ein Reich des Rechts und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.

*

Die erste Pflicht der Fürsten wäre die, nicht da zu sein. Ein Fürst soll nicht sein; es soll keiner sich zutrauen, daß er der Ausspruch des Rechts sei. Wo es einen Landesherrn gibt, da gibt es kein Volk.

Joh. Gottl. Fichte, geb. 19. Mai 1762.

Fichte.

Die Freiheit, müd' des Drucks, und lange schon
Von Fürsten und von Pfaffen hart gefangen,
War in ein abgelegenes Dorf gegangen
Und lieh Gestalt von einem Webersohn.

Sie wuchs in ihm heran und wurde Wort,
Sie wurde zündend Wort in seinem Munde,
Das ging wie Trommelwirbel in der Runde
Und rief zu Kämpfen und zu Siegen fort.

Noch immer liegt es klingend in der Luft,
Das Wort der Freiheit, und sucht offne Ohren,
Jerfiel auch ein Jahrhundert in der Gruft.

Wer hört es heute? Wem ist es bewußt?
Die Armut nur hat sich ihm zugeschworen . . .
Der Freiheit Herz schlägt in der Armut Brust.

Karl Bröger.

(Aus dem Almanach des Arbeiterjugendverlags)

Kein Einzelner kann glücklich sein, ehe wir es nicht alle sind, weil kein einzelner frei sein kann, ehe nicht alle frei sind.

Richard Wagner, geb. 22. Mai 1813.

Richard Wagner, der Revolutionär.

Von

Freda Marie Gräfin zu Dohna.

„Eine ungeheure Bewegung schreitet durch die Welt: es ist der Sturm der europäischen Revolution; jeder nimmt an ihr teil, und wer sie nicht fördert durch Vorwärtsdrängen, der stärkt sie durch Gegendruck."

Richard Wagner.

Das Bild des Revolutionärs Wagner schwankt vorläufig noch in der Geschichte, verwirrt von der Parteien Gunst und Haß hin und her gerissen und verwischt durch die persönlich subjektive politische Einstellung der betreffenden Berichterstatter und Biographen. Die sächsische Reaktion erfand und verbreitete über des jungen Meisters Beteiligung am Dresdener Maiaufstande von 1849 Märchen, die als Ueberbreitungen und Lügen seither längst verurteilt sind. Ebenso falsch jedoch ist die Darstellung, als ist Wagner nur der persönlich Revolutionär gewesen, der sich zwar unter dem Einfluß Bakunins und Röckels zu einer Teilnahme an der Revolution hab hinreißen lassen, aber keinerlei tiefere Sympathie für die Demokratie besessen habe.

Dem politischen Revolutionär Wagner ist freilich der künstlerische vorangegangen, und liegt seine Teilnahme an der politischen Revolution in seiner künstlerischen begründet. Wir haben die ersten Ursachen für den 49er in Wagners Pariser Aufenthalt 10 Jahre zuvor zu suchen, der den jungen Meister einen tiefen Ekel gegen die bestehenden Kunstverhältnisse einflößte. Diese Empörung verstärkte sich während seiner Dresdener Kapellmeisterschaft und verdichtete sich immer mehr zu der Erkenntnis, daß diese faulen künstlerischen Zustände nur eine Folge der ganzen ungesunden sozialen Verhältnisse der damaligen Zeit sind. Hier begann die Periode in des jungen Künstlers, der wir die Ueberschrift „Der Reformator" geben können. Er versuchte auf jede Weise, die Zustände auf reformatorischem Wege zu bessern. Endlich wurde dem jungen Meister jedoch klar, daß mit Reformen hier nichts mehr zu machen sei. Er war inzwischen tiefer in die Erkenntnis der Ursachen der sozialen Schäden unserer Zeit eingedrungen, er wurde vom Reformator zum Revolutionär und sozialen Revolutionär. Die Veranlassung für den politischen Revolutionär Wagner war also seine Empörung sowohl über die herrschenden Kunstzustände, wie über die unwürdigen sozialen Verhältnisse jener Zeit. Die Revolution des Jahres 1849 kam als Notwendigkeit, als Erlösung. Der junge Künstler wurde Revolutionär, und zwar begeisterter. Er stand eigentlich mehr links als die Demokraten, seine damalige Weltanschauung deckt sich in vielem mit dem Sozialismus unserer Tage. Ja, seine Ideen gleichen zum Teil denen der Kommunisten, wenn er sich auch sehr dagegen verwahrte, als Kommunist angesprochen zu werden. Am richtigsten bezeichnet man wohl den damaligen Wagner als Anarchisten im Sinne Bakunins, mit dem er in Dresden lebhaft verkehrte.

Aus dieser Zeit stammen eine Anzahl Revolutionsgedichte Wagners, vor allem ein gewaltiges, sehr radikales, an Freiligrath gemahnendes: „Die Noth". Diese Gedichte zeigen Wagners Stellungnahme sehr deutlich: ihr Autor ist nicht mehr nur künstlerischer, sondern überzeugt begeisterter politischer Revolutionär, und es ist ein Mann, der nicht allein unter dem Einfluß revolutionärer Freunde, sondern aus innerster Anteilnahme am Zustande teilnehmen wird, ein begeisterter Seer, der um soziale Neugestaltung ringt.

Wagner besuchte damals öfters die Versammlungen des „Vaterlandsvereins", in dem nach seinem eigenen Urteil „die demokratische Grundlage die Hauptrolle spielte." Eines Abends wurde dort, wie oft, über Monarchie und Republik gestritten, und, aus dem Gespräche heraus, hier klären und beruhigend wirken zu können, entschloß er sich, vor den 3000 Teilnehmern jener Versammlung einen für den „Dresdner Anzeiger" bestimmten Aufsatz vorzutragen. In diesem Aufsatz: „Wie verhalten sich republikanische Bestrebungen dem Königtum gegenüber?" beantwortet Wagner die Frage der Monarchie in eigenartiger Weise: er will das Königtum in der Republik erhalten und verlangt, daß der König „der erste und allerersteste Republikaner" sein solle. Es ist eine ähnliche Stellungnahme, wie unser Naumann sie in „Demokratie und Kaisertum" vertritt, nur gebraucht Wagner an Stelle von „Demokratie" das Wort „Republik" und bezeichnet damit das, was wir Heutigen unter Demokratie verstehen. Wagner glaubte und hoffte, ebenso wie Naumann noch viel später, die Monarchie werde sich retten lassen. „Sollte es ihm — dem Könige — als Erster gelten, in der freien Bürgern des Staates nicht mehr seine Untertanen zu erblicken?" Wäre diese Frage Wagners damals, oder auch später, durch großzügige, weitblickende Taten von seiten der Herrscher beantwortet worden, wir hätten voraussichlich keine Novemberrevolution erlebt, und wir würden wahrscheinlich heute bei demokratische Monarchie besitzen, die Wagner und Naumann erträumten.

Ein anderer Aufsatz aus jener Zeit: „Deutschland und seine Fürsten" ist eine gewaltige Bußpredigt an

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19250516-13/fragment/page=0002

Nation und Schule.

Von

Dr. Theodor Bohner, M. d. L.

Es ist keine Uebertreibung, wenn man darauf hinweist, wie schwach im Grunde in Deutschland der Glaube an eine deutsche Nation ist. Da ist unser Stammespartikularismus, der auch heute noch von Deutschen und Oesterreichern spricht, obwohl man dann mit gleichem Recht von „Deutschen und Württembergern" oder „Deutschen und Bayern" reden könnte. Man wird einwenden, es sei nur eine Ungenauigkeit des Sprachgebrauchs; man denke selbstverständlich an „Reichs- und Oesterreich-Deutsche". Aber dann sehe man sich an, wie Italien schon vor dem Kriege jeden Menschen italienischer Muttersprache in den Reichsverband aufnahm und heute einen Deutschösterreicher nach seinem Erlebnissen im Reich! Da ist der Streit der Bekenntnisse, der sich manchmal bis zum Zweifel an nationaler Zuverlässigkeit vergiftet, obwohl die deutsche Sprachgrenze, die in der Geschichte fester hielt als die Reichsgrenze, zu vier Fünfteln von Katholiken verteidigt wird. Und grotesk vermählen sich Stärke und Schwäche, Zusammengehörigkeit zum Volksstum und mangelnder Glaube an die Nation, wenn man, wie einmal der Schreiber dieser Zeilen es erlebte, in einem elsässischen Dorf Burschen, ihre Mädchen am Arm, Goethes Heideröslein singen hört, während sie gleichzeitig mit Rekutensolz französische Uniform tragen.

Daß das erste Mittel nationaler Einigung die Schule ist, weiß an den Grenzen jedermann. Manche Frage kommt an der Grenze erst ihr wahres Gesicht. Der ärmste Sohn der elsaßlothringischen Saargebiet trifft der französische Druck, der deutsche Schulkinder in die französischen Domanialschulen zwingen will, zu allererst Volksschüler, Arbeiterkinder. Wir sind stolz darauf, wie dort die Arbeiterschaft sich wehrt. Aber auch kleinere Fragen: Wir haben in Preußen im Unterschied zu anderen deutschen Ländern ein sehr selbständiges städtisches höheres und niederes Schulwesen. An der Saar ist dieser Umstand mit die Rettung der deutschen Schule.

An seinen Grenzen ist sich Deutschland einig. Im Innern kommen noch die Unterschiede der Stände und Klassen hinzu, die Wasserschen vor der gegenseitigen Berührung von Kopf- und Handarbeit, von Bürgertum und Sozialdemokratie, die Begriffe summarisch genommen. Zum Streitpunkt spielten sich die Unterschiede, wenn in mancher Stadt die Volksschule die Armenschule wurde. Es ist Gemeingut, daß die Grundschule hier die Kluft schließen soll. Bedauern muß man, wenn ihre ausgleichende Wirkung durch einen Streit um sie, besonders um ihre Dauer, vernichtet wird. Der Streit wurde leider zu oft standespolitisch, Lehrerberufe gegen Nichtlehrer, gestiftet, er drohte manchmal sogar, ein Streit der politischen Parteien zu werden. Als Deutscher wird man sagen dürfen, daß eine Verbütung der Konfessionalisierung unseres gesamten Schulwesens zu den deutschen Lebensnotwendigkeiten gehört. Im katholischen Landesteil mag die Schule katholischen Charakter zeigen, im evangelischen evangelischen. Eine schematische Konfessionalisierung von der Volksschule zur Universität wäre die Errichtung einer geistigen Mauer im Volke, die wachsen würde, wie geistige Mauern immer wachsen. Als Deutscher wird man auch den Zufsand bekämpfen, daß jedes Land seine eigene Schulreform macht, und daß dann ein Hamburger vielleicht an der Universität München nicht mehr eingeschrieben wird, wohl aber ein Serbe oder Bulgare. Dagegen müsse man als Deutscher ertragen können, daß man über die Fragen der Grundschuldauer verschiedene Ansichten vorbringen hört.

Die Grundschullehrer sagen mit Recht, daß sie ihre Aufgabe nicht erfüllen können, wenn sie im dritten Schuljahre differenzieren sollen. Sie haben auch ein Recht darauf, und mit ihnen Deutschland, daß ein eben erlaufenes Gesetz nicht wieder umgestoßen wird.

Die Eltern sagen mit gutem Recht, daß früher ihr diese in 3+9 Jahren bis zum Abitur gefördert wurden. Zum Beispiel waren von den regelmäßigen Abiturienten in Preußen 1922:

	unter 17	17	18	19	älter
Gymnasium	1‰	7%	35%	35%	13%
Realgymnasium	—	6%	40%	40%	14%
Oberrealschule	—	6%	37%	40%	17%

Ein verarmtes Land, sagen die Eltern, kann ihnen nicht 4+6 Jahre aufwänden.

Macht die höhere Schule achtjährig, wie in manchem Land, auch in manchem deutschen Land außerhalb des Reiches, sagen entschlossene Reformer!

Die Lehrer an höheren Schulen sagen mit vollem Recht, daß man der höheren Schule schon fast Unmögliches zumutet: Vertürzung der Wochenstundenzahl, Wanderlage, aufgabenfreie Nachmittage, Erhöhung der Klassenstärke, Erhöhung der an sich schon höchsten Pflichtstunden zahl von Europa. Sie sagen weiter, daß es nicht ein Zurückdrängen von neun auf acht Jahre, sondern an allen nur bis Unterseksunda reichenden Schulen (dabei auch die Lyzeen) von sechs auf fünf Jahre würde. Sie haben das Gefühl, als ob die Ehrlichkeit ihres Berufes langsam schwinde und sie bestere Zauberkünstler und Tanzlehrer werden sollten.

Aber die Praktiker des Lebens kommen und verlangen, daß die jungen Leute nicht zu früh in ihre Berufe eintreten, weil sie dann für die Technik zu steif sind (Standpunkt dieser Vertreter unseres technischen Lebens), weil sie zu spät heiraten (und das sollten alle bedenken), und weil den Akademikern die Verantwortungsfreudigkeit ausgetrieben werden würde, wenn sie bis 26 Jahre gegängelt würden.

Lösungen? Der Grundschule muß die Differenzierung erspart bleiben, die vier Jahre müssen ihr gegestanden werden. Bleibt die höhere Schule neunjährig, so mag man auf eigene Verantwortlichkeit, wie früher, begabte Dreijährige, aber ohne jede Mitbilfe der Schule, übertreten lassen. Möglichst rasch aber eine einzige Schule, die nur nach dem Grundschulabgang aufnimmt, einer Schule mit acht Jahren höherer Schule und unter Einschränkung der Klassenstärken. Vielleicht übernimmt einmal der Volksschullehrer hier mit den Kampf für den Kollegen von der höheren Schule? Ohne solche Entlastungen der höheren Schule verurteilt man die höhere Schule zur Tretmühle.

Ein Letztes! Versuche über den Lohrgang der höheren Schulen macht Preußen im größten Ausmaß zurzeit an den Aufbauschulen. Von ihnen aus wird sich alles entscheiden. Manche Erregung von heute ist darum letzthin überflüssig.

Ketzerisches vom Museumsfest

Von

Dr. Heinz Potthoff.

Als jüngst ein Student mir seinen in Celle ausgestellten Reisepaß zeigte, gültig „für Deutschland einschließlich Bayern und besetzte Gebiete", haben wir über den guten Witz gelacht. Aber vielleicht gehört die Sache doch nicht in den „Simplizissimus". Denn wer in den Tagen der Museumsfeste in München weilte, merkte nicht, daß diese Stadt dem heutigen Deutschen Reiche angehört. Obgleich man ein deutsches Museum und eine deutsche Akademie eröffnete, obgleich man die Präsidenten, die Volksvertreter und des Reiches zu Gaste geladen, vermied man auf das peinlichste die Farben des Reichs. Ein Wald von Fahnen und Wimpeln rauschte über den Straßen; nur die Fahne des Reiches suchte das Auge vergeblich.

Die Festleitung hatte es klug eingerichtet: Von den beiden Hauptstraßen, durch die der Festzug marschierte, waren die eine ganz einheitlich rot-weiß-blau und weiß, so daß jede andere als die bayerische Fahne stören mußte. Die andere einschließlich des Rathausplatzes ebenso einheitlich in Gelb, so daß nur die Münchener Fahne dazu paßte. Aber die Bewohner hielten sich nicht streng an die Norm. Und außerhalb der Feststraßen gab jeder seinen Gefühlen eigenwilligen Ausdruck. Und so kam es, daß nur Weiß-Blau und Schwarz-Weiß-Rot sich um die Vorherrschaft stritten. Die staatlichen Gebäude hatten alle Weiß-Blau, teilweise auch noch Schwarz-Weiß-Rot geflaggt. Die Reichsfahne sah man nur auf einigen Dienstgebäuden des Reiches. Und auch dort verschwand sie schnell, so daß am Morgen nach dem Festzuge einsam die Fahne der Reichswehr auf dem Kriegsministerium wehte: ein Adler auf schwarz-rot-goldenem Grunde.

Ein Blick in die Straßen Münchens in diesen Tagen führte dem denkenden Deutschen die wichtigste Aufgabe einer deutschen Kulturakademie greifbar vor Augen: das Deutsche Museum zum geistigen Besitze des ganzen deutschen Volkes zu machen. Als Teilchen der umfassenden Aufgabe, die Kulturwerte, die in reichster Fülle im Deutschtum vorhanden, an die Millionen heranzubringen; Goethe, Beethoven, Rembrandt, Kant, Miller zum Gemeingut der hundert Millionen zu machen, die deutschen Blutes sind und deutsche Sprache sprechen. Auch Kultur verbreiten heißt Kultur schaffen. Massenkultur ist die besondere, die einzigartige Aufgabe unserer Zeit, die mit Druck und Bild die technischen, mit der Volksschule die geistigen und mit der Reichsverfassung die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß alle Volksgenossen an dem teilnehmen, was wir deutsche Kultur nennen.

Daraus ergibt sich sofort die zweite Hauptaufgabe der deutschen Akademie, die wissenschaftliche Aufgabe: festzustellen, was dem eigentlich Geistesinhalt des deutschen Volkes, das heißt der hundert Millionen ist. Davon haben wir gar keine Ahnung. Wir wissen nur, daß der Inhalt der Literatur- und Kunstgeschichte, wie sie in den Büchern steht, die Sonderangelegenheit von einigen tausend, bestenfalls einigen hunderttausend Deutschen ist, die hundert Millionen aber gar nichts angeht. Die wirkliche Volksreligion ist sicher etwas ganz anderes als die amtliche Kirchenlehre. Für das deutsche „Volk" bedeutet Goethes, Heideröslein mehr als Iphigenie und Tasso zusammen. Der Münchener Museumsfestzug übt mehr Einfluß auf das Kunstgemfinden des Volkes als alle drei Staatsgalerien zusammen. Die Gedichte und der gegenwärtige Stand der deutschen Volkskultur sind eine wissenschaftliche Aufgabe, die nur durch die Zusammenfassung aller Fächer und zu einheitlichem Forschen und Darstellen gelöst werden kann.

Wenn die Deutsche Akademie für solche Arbeiten den Mittelpunkt geben wollte, dann würde sie etwas leisten, was ihr vom Anfang an einen Platz in der Kulturgeschichte sichert.

Der Raubbau an der Steuerkraft.

Die Abrechnung des demokratischen Abgeordneten Fischer-Köln mit dem Fiskalismus des Reichsfinanzministeriums.

Die Rede des demokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer (Köln) in der Generaldebatte über die neuen Steuergesetze darf ohne Uebertreibung als ein Muster von aufbauender Kritik bezeichnet werden. Man braucht bloß der demagogischen Agitationsmethoden zu gedenken, mit denen die Deutschnationalen sechs Jahre lang die von Erzberger eingeleitete steuerliche Einheitspolitik, zu der sich jetzt der deutschnationale Minister v. Schlieben ausdrücklich bekannte, bekämpft haben, um den Abstand zwischen ihrer unfruchtbaren Negation und demokratischem verantwortungsbewußten Willen zu bessernder Mitarbeit zu ermessen. Bei aller Schärfe, mit der der demokratische Redner die fehlerhaften Grundlagen der Schliebenschen Finanzpolitik andeute, hielt er sich doch von einer Opposition um jeden Preis, die parteipolitisch unzweifelhaft sehr bequem und nutzbringend wäre, weit entfernt; er erkannte vielmehr durchaus an, daß die neuen Gesetzentwürfe in steuerrechtlicher Hinsicht teilweise recht gute Arbeiten darstellten.

An einer unerläßliche Bedingung ist diese Bereitwilligkeit freilich geknüpft; an der Verzicht des Reiches auf den seit der Stabilisierung betriebenen und in dem neuen Haushaltsvoranschlag wieder traß zu Tage tretenden Fiskalismus seiner Finanzverwaltung. Mit ausgezeichneten Worten wies Dr. Fischer darauf hin, daß nur eine gesunde Wirtschaft die Grundlage für ein gesundes Steuersystem sein kann, und daß das Wiederaufblühen unserer Wirtschaft die wichtigste Voraussetzung für die Wiedergewinnung unserer Freiheit ist. Das deutsche Wirtschaftsleben hat schwerste Opfer auf sich genommen, als es sich durchaus handelte, die deutsche Währung wieder herzustellen und die Staatsfinanzen wieder auf sichere Bahnen zu bringen. Diese Opfer dürfen ihr aber nicht dauernd und vor allem nicht mehr abverlangt werden, wenn die einmalige Zwangsanleihe überwunden ist: Der Raubbau an der Steuerkraft der Nation darf nicht länger fortgesetzt werden.

Die Berechtigung dieses scharfen Vorwurfs gegen den Geist, in dem der neue Haushaltsvoranschlag abgefaßt ist, belegte Dr. Fischer mit einem reichen Zahlenmaterial von zwingender Beweiskraft. Er ging mit den Schätzungen des Finanzministers sowohl für die künftigen Einnahmen wie für die Ausgaben schonungslos ins Gericht und kam auf Grund sorgfältiger Berechnungen zu dem Ergebnis, daß die Ausgabenseite um mindestens 290 Millionen zu hoch, die Einnahmeseite um mindestens 739 Millionen zu niedrig veranschlagt sein. Das kommende Haushaltsjahr würde also bei einer Erfüllung der von der Reichsregierung in ihren Steuergesetzen erhobenen Forderungen nicht etwa, wie Herr v. Schlieben errechnete, mit einem Defizit, sondern mit einem Ueberschuß von etwa einer halben Milliarde abschließen. Gegen den Versuch einer derartigen Irreführung der Oeffentlichkeit muß der schärfste Widerspruch erhoben werden.

Angesichts dieser Lage wäre es unverantwortlich, den gegenwärtigen Steuerdruck ungemildert aufrecht zu erhalten und den Verbrauch der Massen noch weiterhin neu zu belasten. Es ist im Gegenteil an der Zeit, die Steuerschraube zu lockern, einmal mit dem Ziel, der Wirtschaft durch Ausnutzung des Moratoriums in der Reparationspolitik die Möglichkeit zur Wiederherstellung ihrer Produktionsfähigkeit zu geben, auf der anderen Seite aber, um durch die Umgestaltung der Erbschaftsteuer Erhöhung des Erstenzinnimums und den Abbau der Umsatzsteuer die Lebenshaltung und damit die Kaufkraft der breiten Massen wieder zu steigern.

Nun erst recht.

Von

Gerhart Seger,

Generalsekretär der Deutschen Friedensgesellschaft.

Die Parteien und Verbände, die sich für die beiden Wahlgänge der Reichspräsidentenwahl im Reichsblock vereinigt hatten, haben den Kampf gegen die Weimarer Verfassungsparteien seit Jahren nicht nur auf dem Gebiete der inneren Politik, sondern gerade auch auf dem der auswärtigen Politik geführt. Sie haben mit der größten sachlichen und persönlichen Schärfe alle Bestrebungen nach Verständigung mit den früheren Kriegsgegnern und nach Gesgesserung der außenpolitischen Lage Deutschlands im Wege der Verhandlungen bekämpft. Die Parteien und Verbände des Reichsblocks haben ihre gesamte Werbetätigkeit im allgemeinen und die Tätigkeit im Wahlkampfe im besonderen geführt mit den Forderungen nach der Rückkehr um Gedanken der Wehrhaftigkeit, nach Ablehnung jeder Verständigungspolitik, nach Ablehnung des Völkerbundes und was dergleichen Forderungen mehr waren.

Als jedoch die Wirkung der Kandidatur Hindenburgs im Auslande bekannt wurde, wurde die Tendenz der Reichsblockpropaganda gegen die Republik und ihren Kandidaten plötzlich verändert. Man holte die sonst so verachteten Vertreter der sonst so verachteten „Feindbundpresse" nach Hannover und ließ sie durch den Generalstabsmarschall Hindenburg beschwichtigen. Der 78 Jahre alte Feldherr wurde plötzlich zum Pazifisten gestempelt: Man versicherte den Feindbundpressevertretern, daß Hindenburg nichts weniger vorhabe, als auf einen neuen Krieg hinzuarbeiten, der Reichsblock nahm vielmehr diejenige Außenpolitik für sich in Anspruch, die er bisher in den republikanischen Parteien als Landesverrat bekämpft hatte.

Die Republikaner und Friedensfreunde in Deutschland haben in Hindenburg einen Mann, mit dessen politischer Einstellung (er ist Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei) sie nicht einverstanden sind, den sie aber als eine Persönlichkeit achten, die ihr ganzes Leben der bisher vertretenen Ueberzeugung treu geblieben ist. Hindenburg ist Militarist und hat erst vor ganz kurzer Zeit erklärt, daß kein Volk von Ehre seine Angelegenheiten einem Internationalen Schiedsgericht unterbreiten könne. Hindenburg ist Monarchist, der dem ehemaligen Kaiser Wilhelm seit Bestehen der Republik jährlich mindestens zweimal versichert hat, er werde ihm die Treue wahren. Es war in den Wahlaufrufen des Reichsblocks viel von Reinigung des öffentlichen Lebens die Rede. Die Republikaner und Friedensfreunde sehen die größte und notwendigste Reinigung darin, daß jeder sich zu dem bekennt, was er ist. Die Republik hat sich bisher nicht genügend entwickeln, die Außenpolitik der Verständigung hat bisher nicht genügend gefördert werden können, weil tausende von Beamten den Eid auf die Republik geleistet, sie aber dauernd sabotiert haben.

Aus dieser Situation ergibt sich für die Anhänger der Republik und für alle Friedensfreunde die dringende Pflicht, gerade nach der Wahl Hindenburgs die Aufklärungsarbeit im Volke zu verdoppeln. Nun erst recht muß das Bekenntnis zur Republik und zu einer friedlichen Außenpolitik, zur Mitarbeit am Völkerbunde und einer besseren Gestaltung der Welt abgelegt und dafür geworben werden.

„Nun erst recht!" war das Leitmotiv zu einer gewaltigen Kundgebung des Deutschen Friedenskartells in Berlin. Lange vor Beginn wurde das Herrenhaus umlagert, in wenigen Minuten war der stattliche Saal überfüllt, und es mußten alle verfügbaren Räume des Hauses noch herangezogen werden. Es sprachen namhafte Vertreter des Volksblocks an mehreren Stellen des Hauses. Der Freund Erzbergers, Abgeordneter Landwirt Diez und Pater Ernst Thrasolt, der Abgeordnete und Chefredakteur Ruscke (Demokratische Partei) und Professor Dr. Quidde, der Senior der deutschen Friedensbewegung, Hellmut von Gerlach, Dr. Kurt Hiller, Pfarrer Bleier, Senatspräsident Freymuth, Professor Oestreich (der Führer der Schulreformer), Gerhart Seger, die sozialdemokratischen Abgeordneten Clara Bohm-Schuch und Toni Pfülf. Der imposante Verlauf der Kundgebung, die wegen des Regens keinen Eindruck fanden, am Tage der Vereidigung Hindenburgs wiederholt werden wird, hat gezeigt, wie stark das Bewußtsein der Pflicht in allen gesinnungstreuen Republikanern und Friedensfreunden lebt: Nun erst recht!

Zur Dolchstoßlegende.

Victor Eschbach berichtet in der „Weltbühne" über ein Buch von Hanslian und Bergendorff über den „Chemischen Krieg", das in dem als „vaterländisch" bekannten Verlag von E. S. Mittler & Sohn, Berlin, erschienen ist. Dieses Werk, das rein wissenschaftlich die Mittel, Methoden und Wirkungen des Gaskrieges und seine Bedeutung für die Zukunft untersuchen will, enthält allerdings auch einige „im Munde von traditionsfremden Militärwissenschaftern so fremdartig klingende Offenbarungen" über den noch immer heiß umstrittenen Kriegsschluß im November 1918. Da erfährt man denn, daß im letzten Kriegsjahre die Produktion von Gelbkreuzkampfstoff dem Bedarf nicht mehr entsprach und die schwere Niederlage bei Saint Mihiel und in den Argonnen im September 1918 auf den Mangel an diesem Kampfmittel zurückgeführt wird. Kein Wort vom Dolchstoß, sondern die Behauptung, die Entscheidung des Krieges ist durch das Erscheinen der Amerikaner an der Front herbeigeführt worden. Welchem Schicksal Westdeutschland durch den Friedensschluß entgangen ist, beweisen die Verfasser — wenn auch sicher ungewollt — durch die Mitteilungen, daß bis zum Ende des Krieges noch keine amerikanischen Gasgranaten Verwendung gefunden hatten, jedoch bereits 450 000 Geschosse verschifft waren und die Produktion der amerikanischen Kriegsindustrie beim Waffenstillstand auf 155 Tonnen Senfgas, 100 Tonnen Phosgen und 100 Tonnen Chlor täglich gesteigert war. Wenn Vogtl und — Anstand bestimmend wären im politischen Leben, dann freilich müßte die Niedertracht der Dolchstoßlegende endgültig aus der Welt geschafft sein.

Demokraten! Auf dem Bahnhof, in der Wirtschaft, im Kaffee, in der Lesehalle usw.

überall verlangt euren

„Politischen Wegweiser"!

Macht Freunde und Bekannte bei jeder Gelegenheit auf euer Partei-Wochenblatt aufmerksam und werbt neue Leser! Verlangt Propaganda-Nummern vom dem Verlag und gebt diese an Interessenten weiter! In jeder Nummer ist ein Bestellschein abgedruckt, der nur ausgeschnitten und ausgefüllt dem Briefträger übergeben zu werden braucht.

Alle müssen helfen; dann gelingt's!

die Herrscher. „Erwacht!" ruft Wagner ihnen zu, „die elfte Stunde hat geschlagen, und wahrlich, wir brauchen keinen Daniel, um uns die Zeichen zu erklären, die an Euren Palästen prangen! Blickt nicht nach Osten; wer dorthin seine Schritte lenkt, den führt sein Weg in Nacht. Vergeßt, was Ihr gewesen, die Zeit kehrt nimmer wieder ... Ihr wähnt, Kraft zu besitzen, an die Stelle Gottes, des Schicksals, zu treten, das Rad der Zeit, welches über Eure Gräber dahinrollt, aufzuhalten? O, laßt das ohnmächtige, fruchtlose Widerstreben! Es kann nur Leiden über uns, Verderben über Euch bringen." — Prophetische Worte!

Der flammende Aufsatz „Die Revolution", das sagt uns schon der des öfteren wiederkehrende Ausdruck: „Alle, die nie die Freude kannten, die Freude schlechthin, sie unter dem unmittelbaren Eindruck der IX. Sinfonie entstanden. Am Palmsonntage 1849 fand nämlich die dritte und letzte Aufführung des gewaltigen Beethovenschen Werkes, das Wagner im Jahre 1846 der Vergessenheit entrissen und durch jene ewig denkwürdige Dresdener Aufführung der Welt von neuem geschenkt hatte, unter Wagners Leitung statt; die Wirkung war diesmal hinreißender denn je und übte auch auf Bakunin, der der Generalprobe heimlich und vor der Polizei verborgen beiwohnte, einen tiefen Eindruck aus. „Er trat ohne Scheu nach der Beendigung desselben zu mir an das Orchester, um mir laut zuzurufen, daß, wenn alle Musik bei dem erwarteten großen Weltenbrande verloren gehen sollte, wir für die Erhaltung dieser Sinfonie mit Gefahr unseres Lebens einzusichen uns verbinden wollten", so berichtet Wagner und fügt hinzu: „Wenige Wochen nach dieser letzten Aufführung sahen dieser „Weltenbrand" von den Straßen Dresdens aus sich wirklich entzünden zu wollen, und Bakunin, mit welchem ich bis dahin in sonderbarer und ungewöhnlicher Weise in näherem Umgang getreten war, schien daher wirklich das Amt eines Oberfeuerwerkers übernehmen zu sollen."

Am 3. Mai läutete die Sturmglocke in Dresden den Aufstand ein, das erste Blut floß, der Ruf erscholl: „Zu den Barrikaden! Zu den Barrikaden!" König und Minister flohen, das Land war ohne Regierung, den demnächst zu erwartenden preußischen Truppen ausgeliefert.

Hier ist das einzigemal in den Revolutionstagen, das Wagner sich nachweisbar aktiv am Aufstande beteiligt hat. Er sah die letzte Rettung darin, die sächsischen Truppen noch vor Eintreffen der Preußen zu gewinnen, zum Volke überzugehen. Daher ließ er auf Papierstreifen in großer Schrift die Worte drucken: „Seid Ihr mit uns gegen fremde Truppen?" und die Zettel an die Barrikaden anheften. Zwei Augenzeugen berichten sogar, Wagner habe sie eigenhändig unter die Truppen verteilt. Natürlich blieb der gewünschte Erfolg aus, der Ruf ist nicht verhallt, indessen hatte sich des Hochverrats schuldig gemacht.

Die erste Tat der von den Mitgliedern der kürzlich aufgelösten Landtagskammern gebildeten provisorischen Regierung, zu der vor allem Heubner gehörte, war die Annahme der Reichsverfassung und Vereidigung der bewaffneten Volksmacht auf sie; ungeheurer Jubel und Glockengeläute begleitete diesen feierlichen Akt. Bei dieser Gelegenheit soll Wagner — unbeobachtet vermutlich — vom Balkon des Rathauses ein begeistertes Hoch auf die neue Regierung ausgebracht haben.

Er bestieg in den nächsten Tagen, um die Gesamtlage besser überschauen zu können, öfters den Turm der Kreuzkirche, wo er auch eine ganze Nacht verbrachte. Einen bedeutungsvollen Eindruck erhielt er, als er von dort aus das alte Opernhaus, in dem er noch vor kurzem die letzte Aufführung der Neunten dirigiert hatte, in hellen Flammen aufgehen sah. Selbst den Brand des Opernhauses hat man Wagner hernach zur Last gelegt; später stellte sich eine Verwechslung mit einem — Konditorgehilfen Wagner heraus.

Endlich mußten die tapferen Verteidiger die Hauptstadt aufgeben und zogen sich zuerst nach Freiberg, dann nach Chemnitz zurück. Wagner hatte treulich die Erlebnisse seiner Freunde in Freiberg geteilt, fuhr jedoch durch eine sonderbare Fügung nicht in ihrem Wagen, sondern mit der Post, nach Chemnitz. Als er dort ankam, erfuhr er zu seinem höchsten Schreck, daß Bakunin und Heubner gefangen seien.

Der Aufruhr war zusammengebrochen, ein hartes Gericht ging über Sachsen nieder. Den Hauptschuldigen drohte Zuchthaus- und Todesstrafe, es regnete Steckbriefe, auch gegen Wagner.

Dieser wurde zunächst in Weimar bei Liszt, dann mehrere Tage in dem Weimar benachbarten Magdala unter dem Namen Professor Werder verborgen gehalten. Dort verlebte er am 22. Mai einen der traurigsten Geburtstage seines Lebens. Bald darauf gelang es ihm, von Jena aus mit dem abgelaufenen Paß eines Schuhmachermeisters glücklich die Schweizer Grenze zu überschreiten.

Am letzten Mai gegen Abend lagen der Züricher See und die Glarner Alpen sonnenbeglänzt vor ihm, — er war frei! Zu Fuß ging er im Sinne des steckbriefsich Verfolgten, frei vor allem von „einer Lebens- und Berufsrichtung, in welcher er sich als Fremdling und durchaus aufsichtslos ersehen mußte", wie er bereits im Jahre 1846 gestanden hatte. „Da fühlte ich mich zum ersten Male in meinem Leben durch und durch frei, heil und heiter, machte ich auch nicht wissen, wohin ich den nächsten Tag mich bergen sollte, um des Himmels Luft atmen zu dürfen."

Die Revolution hat eine entscheidende Wirkung auf den Menschen und Künstler Wagner ausgeübt. Sie ist aus dem Leben und Schaffen des Meisters nicht fortzustreichen.

Die großen Züricher Schriften: „Die Kunst und die Revolution", „Das Kunstwerk der Zukunft", „Kunst und Klima" und „Oper und Drama" sind der Feder des Revolutionärs entflossen.

Die dramatischen Entwürfe: „Jesus von Nazareth" und „Wieland, der Schmied" sind, Früchte der Revolution.

In den „Entwürfen, Gedanken und Fragmenten" aus jenen Tagen steht das Wort: „Wer ist denn das Volk? Alle diejenigen, welche Not empfinden, und ihre eigene Not als die gemeinsame Not erkennen oder sie in ihr begriffen fühlen."

Wagner spricht am Schluß vom „Kunstwerk der Zukunft" über den Wieland-Mythos und schließt mit den Worten: „O einziges, herrliches Volk! Das hast du gedichtet und Du selbst bist dieser Wieland! Schmiede Deine Flügel und schwinge Dich auf!"

In den Entwürfen des Jahres 49 finden wir folgendes verwandtes Wort: „Schaffen kann also der Dichter nicht, sondern nur das Volk, oder der Dichter nur insofern, als er die Schöpfung des Volkes begreift und ausspricht, darstellt."

Das ist eine der großen Erkenntnisse des Revolutionärs Wagner, der dem seit Künstertum von entscheidendem Einfluß wurde. Sie veranlaßte ihn, endgültig auf historische Stoffe zu verzichten. — Friedrich Rotbart wird aufgegeben, — und sich dem Mythos zuzuwenden, der Dichtung des Volkes. Hier fand er die ewig gültigen, rein menschlichen Typen und Begebenheiten für sein Kunstwerk der Zukunft, das er zum Kunstwerk der Gegenwart schuf.

Der Meister wendete sich langsam von der Politik ab und der Kunst wieder zu: er war sich in seinen großen politisch-kunstlerischen Schriften über sich selbst klar geworden: Nun setzte er sich von neuem an die Kunstschmiede, um seinen „Ring des Nibelungen" auch eine Frucht der Revolution — zu schweißen und mit ihm die Wieland-Flügel, die ihn hoch emportragen sollten in die sichten Höhen reiner Kunst!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19250516-13/fragment/page=0003

Ihre Grüße.

Prosa und Poesie.

Der Baltikumer Graf v. d. Goltz hat für die „Deutsche Zeitung" einen Festartikel geschrieben: „Hindenburg, wir grüßen Dich!" Wie he Hindenburg grüßen, beweist der Herr Graf gleich am Anfang seines Artikels durch die Zeilen:

„Wie oft haben die deutschen Frontsoldaten in ihren Unterständen, Höhlen und Granatlöchern den Tag herbeigesehnt, an dem das Feldheer des Weltkrieges Hindenburg neben seinem Kaiser, gefolgt von auserwählten Soldaten, als Sieger durch das Brandenburger Tor einziehen würde. „Aber dann hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren," dachte und schrieb Rathenau. Denn dann hätten die „300" Rathenaus die Weltherrschaft mit dem über den Parteien stehenden Kaiser des freien und wehrhaften deutschen Volkes teilen müssen. Damit das nicht geschah, mußten wir den Krieg verlieren, mußte das Millionenopfer unseres Volkes, sein Heldenringen in Front und Heimat vergeblich werden. Damit die Rathenauschen „300" die Weltherrschaft antreten konnten, war der ganze Weltkrieg nötig, mußten auch in England und Amerika Millionen Jünglinge nordischer Rasse umkommen. Nun herrschen 300 über die Welt."

Daß der Verfasser die schon fünfzigmal widerlegten falschen Behauptungen über die Aeußerung Rathenaus wiederholt, wundert niemanden mehr. Daß er versichert, nicht die heydenen Militaristen und Nationalisten in allen Ländern, sondern die „300 Rathenaus" hätten den ganzen Weltkrieg herbeigeführt und „Millionen Jünglinge nordischer Rasse" aufs Schlachtfeld geschickt, ist ein neuer hübscher Beweis dafür, wie man im Kreise dieser „Führer" den strammstehenden Untergebenen „Geschichte" erzählt. Das alles in dem „Gruß an Hindenburg". Etwas weiter unten steht in demselben Blatte ein Gedicht, in dem ein Roßknecht aus dem Stalle des Pegasus den neuen Präsidenten der Republik folgendermaßen ermahnt:

„Hebe deine starke Faust,
Und zerschmettere das Gesindel,
Das in unserem Lande haust.

Reinige das deutsche Haus
Von dem fremden Ungeziefer,
Treibe es mit Feuer aus."

In der Tat, Hindenburg wird, um seinen Verfassungseid halten zu können, manches Ungeziefer knicken müssen, das sich an ihn heranzudrängen versucht. Immer in demselben Blatte findet sich ein Bericht über einen „Begrüßungsabend", den der „Nationalverband deutscher Offiziere" im Landwehrcasino veranstaltet hat. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Everling hat dort eine Rede gehalten, über die der Berichterstatter zu melden weiß:

In Hindenburg sieht er die Persönlichkeit, den Charakter, nicht den Vertreter des Amtes, in seiner Wahl sieht er die Rückkehr zu den alten Grundsätzen, auf denen der preußisch-deutsche Staat erwachsen ist, — den Beginn einer Rückkehr zur Monarchie, die in der Geschichte Preußen-Deutschlands begründet ist."

So wird der Eid aufgefaßt, den Hindenburg zweifellos loyal und ehrlich, auf die Verfassung geleistet hat. Dies ist nur eine Auslese aus den prosaischen und poetischen Auslassungen, mit denen man in „nationalen" Kreisen und Blättern den Präsidenten der Republik begrüßt.

Das Wunder.

Eine deutschnationale Blasphemie.

Seit sie gemerkt haben, wie nützlich für das Parteigeschäft hin und wieder ein Appell an die religiösen Gefühle und nicht weniger auch an die konfessionellen Empfindlichkeiten sein kann, sind die Deutschnationalen scharf auf der Jagd nach „Verletzungen des religiösen Gefühls". Sie finden „Blasphemien" natürlich nur auf der Seite des Gegners; dabei leisten sie selber aber sich die tollsten Geschmacklosigkeiten, wie das im preußischen Landtag seinerzeit der Demokrat Riedel schlagend nachgewiesen hat. Natürlich konnte auch die Begrüßung Hindenburgs nicht vorübergehen, ohne daß Gott als Wahlhelfer des Rechtsblocks in Anspruch genommen wurde. Die „Nationalpost" versteigt sich zu folgenden Sätzen:

„Wo Menschen denken, lenkt Gott. Was aber war zu hoffen, nun die Gedankenlosigkeit am Ruder war, die Gedankenlosigkeit der Gottlosen. — Nur ein Wunder konnte es wenden! Und so fiel plötzlich, vor rund acht Wochen, das Haupt der Republik. Nie gewählt vom Volke. — — Das Volk aber begriff das Zeichen und wählte sich — Paul v. Hindenburg zum Führer. Und durch dasselbe Tor, durch das man Friedrich Ebert ziehen sah, ruft man Paul v. Hindenburg herein. Welche Wendung, welches Wunder!"

Eberts Tod also, an dem die gegen ihn betriebene Hetze sicherlich nicht ohne Mitschuld war, wird hier als ein besonderes Wunder Gottes bezeichnet, durch das er der im eigenen Lager des Rechtsblocks so viel umstrittenen Kandidatur den Weg ebnen wollte. Man fragt sich, was widerlicher ist an diesem Erguß: Die Blasphemie, mit der Gott einmal wieder für Parteizwecke in Anspruch genommen wird, oder die Pietätlosigkeit gegenüber dem toten Manne, der — wie man auch parteipolitisch zu ihm stehen mag — jedenfalls seinem Volke mit seinen besten Kräften gedient hat und seinen Nachfolgern, die es unendlich viel leichter haben werden, den Boden erst bereitete.

Der Deutsche Anwaltstag, der nach längerer Frist wieder einmal in Berlin seine Verhandlungen abgehalten hat, hat sich genötigt gesehen, in der Entschließung, die gleichsam das Fazit der Tagung zog, recht ausgiebig auch mit Fragen der hohen Politik sich zu beschäftigen, nämlich mit dem Problem des Notverordnungsrechtes. Das ist wohl verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die früher geltende Straf- und Zivilprozeßordnung fundamentale Umgestaltungen erfahren hat, von denen natürlich die Anwaltschaft stark berührt wird. Man kann es weiter sehr wohl verstehen, daß der Deutsche Anwaltstag in dieser Beziehung eine Wiederherstellung des früheren Zustandes für dringend erforderlich hält, daß er die Aufhebung aller Ausnahme- und Sondergerichte verlangt und allgemein eine Einschränkung der in den Art. 48 der Verfassung vorgesehenen Befugnis zum Erlaß von Notverordnungen auf das Notwendigste fordert. Diesem Programm, das zunächst den spezifischen Notwendigkeiten des Anwaltstandes entsprossen ist, wird man aber auch im allgemeinen Interesse zustimmen müssen; die Belange der Rechtsanwälte gehen in dieser Beziehung völlig einig mit denen des ganzen Staates. Darum wird man die Resolution des Deutschen Anwaltstages mit besonderer Befriedigung aufnehmen, und man wird die Erwartung aussprechen dürfen, daß namentlich auch das gewünschte Ausführungsgesetz zum Art. 48 der Verfassung dem Reichstag bald vorgelegt werden wird.

Die Teilnahme der Preußischen Staatsregierung an der Eröffnung der Jahrtausend-Ausstellung in Köln.

An der am Sonnabend, den 16. Mai d. J., in Köln stattfindenden Eröffnung der Jahrtausend-Ausstellung der Rheinlande werden laut Amtlichem Preußischen Pressedienst der Preußische Ministerpräsident Braun, der Preußische Minister des Innern Severing und der Preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer teilnehmen, begleitet von Staatssekretär Dr. Weismann und Ministerialrat Dr. Amelunxen vom Preußischen Staatsministerium, Ministerialdirektor Trendelenburg und Regierungsrat Dr. Haslinde vom Preußischen Kultusministerium, sowie den Ministerialdirektoren Dr. Loehrs und Dr. Mulert vom Preußischen Innenministerium.

Löhne nach Belieben.

Wo liegt das Existenzminimum der Heimarbeiter?

In dem großen Komplex der Arbeitslohnfragen ist eins der trübsten Kapitel die Entlohnung der Heimarbeit. Man kennt zwar aus Büchern und Bildern, aus Tabellen und Vorträgen die Nöte der verschiedenen Heimarbeitskategorien, die Schäden der Kinderarbeit, die Wohnungsmisere, die gesundheitlichen Nachteile gewisser Heimarbeitsspezialitäten. Dennoch ist es notwendig, von Zeit zu Zeit auf derartige Dinge hinzuweisen, um eine allgemeine Besserung herbeizuführen. Zur Aufklärung der Allgemeinheit leistet erhebliches die Deutsche Heimarbeitsausstellung in den Landesausstellungshallen, über die wir gelegentlich ihrer Eröffnung berichtet haben. Im Rahmen dieser Veranstaltung sprach Frau Dr. Käthe Gaebel, Regierungsrat in der Reichsarbeitsverwaltung, über „Heimarbeit und Mindestlöhne". Sie wies auf die erstaunliche Zufälligkeit der ganzen Lohngestaltung in der Heimarbeit hin, in der ein Existenzminimum nicht bekannt ist, und nannte zum Beweise einige charakteristische Zahlen. Für das Nähen von einigen Dutzend Handschuhen werden in Berlin 45 Pfennige, in Bielefeld für dieselbe Arbeit 85 Pfennige gezahlt; für eine Arbeiterjacke zahlt man 24—65 Pfennige. Die Entlohnung für Damenjacketts bewegt sich zwischen einer Mark und 1,60 Mark. Dabei handelt es sich stets um die gleiche Arbeit. — Verschieden wie die Löhne sind auch die Zustände in den Wohnungen der Heimarbeiter. Während man in Bielefeld und im Remscheider Land gute und saubere Wohnverhältnisse findet, hausen die Heimarbeiter im Thüringer Wald und im Erzgebirge in armseligen Hütten unter den ungünstigsten Lebensbedingungen. — Die niedrigsten Löhne zahlt die Textilindustrie. Bei der Spielwarenherstellung werden besonders Kinder zur Arbeit herangezogen, und die äußerst geringe Bezahlung dieser willigen Kräfte drückt auf die gesamten Löhne auf dem Gebiet. Ebenso gibt es überall dort schlechte Entlohnung, wo Ungelernte jederzeit einspringen können.

Die völlige Regellosigkeit der Heimarbeitslöhne führt zu unhaltbaren Zuständen. „Einer Industrie" — so erklärt die Vortragende, — „die technisch so rückständig ist, daß sie nur noch mit Hungerlöhnen existieren kann, soll man keine Träne nachweinen, wenn sie abstirbt. Irgendwann einmal muß dieser Sterbeprozeß vor sich gehen, besser früher als später." Vor allem sei die Kinderarbeit abzuschaffen, sie sei fast immer stumpfsinnig, geistötend, muskelschwächend und schädige das Kind in jeder Hinsicht. — Im übrigen sei eine Besserung der Dinge vor allem von der Selbsthilfe der Heimarbeiterschaft zu erhoffen.

Angestelltenfragen.

Der G. D. A. für die kaufmännische Berufsschule und gegen die kurzsichtige Tarifpolitik der Reichsbahn.

Durch den GDA.-Pressedienst werden folgende Entschließungen der Zentralinstanzen der freiheitlich-nationalen Angestellten-Einheitsorganisation verbreitet:

1. Zur kaufmännischen Berufsschule.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands verlangt mehr denn je einen berufsich und körperlich tüchtigen Nachwuchs. In dieser Erkenntnis fordert der Gewerkschaftsbund der Angestellten, daß das vielfach noch in Handel und Industrie vorhandene, der praktischen Ausbildung hinderliche Mißverhältnis zwischen der Zahl der beschäftigten Lehrlinge und Angestellten beseitigt und zum Zwecke besserer theoretischer Ausbildung die Fortbildungsschule zur kaufmännischen Berufsschule ausgestaltet wird. Zur Erhaltung und Förderung der körperlichen Gesundheit ist jährlich ein Urlaub festzulegen, der für alle berufstätigen Jugendlichen unter 16 Jahren auf 3 Wochen, im Alter zwischen 16 und 18 Jahren auf 2 Wochen zu bemessen ist. Während der Dauer des Urlaubs ist die vereinbarte Entlohnung zu gewähren.

2. Zur Tarifpolitik der Reichsbahn.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten erblickt in den Jugendwanderungen ein unentbehrliches Mittel zur körperlichen Ertüchtigung. Die mit dem 1. April 1925 durch die Reichsbahnverwaltung erfolgte erhebliche Verminderung der bisher gültigen Ermäßigung des Eisenbahnfahrpreises wirkt den Bestrebungen zur körperlichen Ertüchtigung der Jugend entgegen. Der GDA. fordert daher die Wiedereinführung der bisherigen Fahrpreisermäßigung für alle Jugendwanderer als unbedingt notwendig zur Sicherung des Gesundheitszustandes der heranwachsenden Jugend.

Der GDA. hat auch bereits bei den Reichsbehörden Protest eingelegt und handelte damit im Sinne des Ausschusses der deutschen Jugendverbände, der 69 Reichsjugendorganisationen mit dreieinhalb Millionen Jugendlichen vertritt.

Evangelisch-sozialer Kongreß in Halle.

2. bis 4. Juni 1925.

Dienstag, den 2. Juni:

Abends 6 Uhr: Eröffnungsgottesdienst in der Marktkirche. Predigt: Geheimrat Professor D. Eger-Halle.

Abends 8 Uhr: Oeffentlicher Volksabend im großen Saal des Stadtschützenhauses. Ansprachen von Geheimrat Prof. Dr. Abderhalden-Halle über Volksgemeinschaft, Studienrat Walter Classen-Hamburg u. a.

Mittwoch, den 3. Juni:

Vormittags 9 Uhr: I. Hauptversammlung: „Die psychischen Wirkungen der Mechanisierung und Rationalisierung der Industriearbeit" (Staatspräsident Professor der Hygiene Dr. Hellpach-Karlsruhe). — Aussprache.

Nachmittags 2 Uhr: Gemeinsames Mittagessen.

Nachmittags 4½ Uhr: Mitgliederversammlung.

Abends ½6 Uhr: Besichtigung der Francheschen Stiftungen, der hallschen Kirchen usw.

Abends 8 Uhr: II. Hauptversammlung: Arbeitsdienstpflicht der weiblichen Jugend (Anna v. Gierke-Charlottenburg). — Aussprache.

Donnerstag, den 4. Juni:

Vormittags 9 Uhr: III. Hauptversammlung: „Bevölkerungspolitische Probleme der Gegenwart" (Geheimrat Professor Dr. Abderhalden). — Aussprache.

Nachmittags Besichtigung eines Kohlen-Tagebaues bezw. eines Brikettwerkes und sonstige Besichtigungen.

Aus den Parteien.

Demokratische Wirtschaftstagung in Eisenach.

Der Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe beim Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei gibt nunmehr für die demokratische Wirtschaftstagung, die am Sonnabend, den 23. Mai und Sonntag, dem 24. Mai in Eisenach stattfinden wird, die Tagesordnung bekannt. Neben der Durchführung der Mitgliederversammlung des Reichsausschusses, auf der der Generalsekretär des Reichsausschusses, Mosch-Berlin, über besten Arbeit und der Reichstagsabgeordnete Staatssekretär a. D. Oskar Meyer über die wirtschaftspolitische Tätigkeit der demokratischen Reichstagsfraktion in den letzten Monaten sprechen werden, haben für die auf 1½ Tage vorgesehenen wirtschaftspolitischen Verhandlungen folgende Herren Referate zugesagt: Professor Dr. Trumpler, M. d. R. W. R., Syndikus der Handelskammer zu Frankfurt a. M., über die Zukunft der deutschen Außenhandelspolitik, Reichstagsabgeordneter Dr. Hermann Fischer über Finanz- und Steuerpolitik, Reichsminister a. D. Dr. B. Dernburg, M. d. R., über die neuen Aufwertungsgesetze. Die Tagung wird von dem Vorsitzenden des Präsidiums des Reichsausschusses Geheimen Kommerzienrat Dr. Ph. Wieland, Ulm, geleitet werden. Anmeldungen: Berlin NW. 7, Postschließfach 1.

Demokratische Frauenarbeit.

Der Vorstand des Reichsfrauen-Ausschusses der Deutschen Demokratischen Partei wird mit den Hauptvertrauensfrauen des Reiches, den Abgeordnetinnen und den weiblichen Parteibeamten am 21. Mai d. J. (Himmelfahrtstag) in Berlin eine Arbeitstagung abhalten. Diese Tagung, zu der nur Einladungen an die genannten Kreise ergehen, wird sich lediglich mit Arbeitsfragen beschäftigen. Am Schluß der Tagung wird Reichstagsabg. Frau Dr. Marie Elisabeth Lüders ein Referat über die politische Lage halten. Den Abschluß bildet ein Tee in den Räumen der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei.

Eine demokratische Anfrage im Reichstag

Aus Anlaß des Todes von Dr. Höfle.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat folgende kleine Anfrage eingebracht: „Die im Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags im Zusammenhang mit dem Tode des früheren Reichspostministers Dr. Höfle festgestellten Tatsachen haben in ganz Deutschland eine lebhafte Beunruhigung hervorgerufen und den Eindruck entstehen lassen, daß die Behandlung kranker Untersuchungsgefangener in einer Art erfolgen kann, die eines Kulturstaates unwürdig ist. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um eine ausreichende ärztliche Pflege kranker Untersuchungsgefangener in allen deutschen Ländern sicherzustellen?"

Der Reichslandbund gegen die Inflationssteuer. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat sich in einer Entschließung gegen jede Absicht, die Belastung der Landwirtschaft weiter zu erhöhen, ausgesprochen. Die jetzigen und die in den dem Reichstage zur Zeit vorliegenden Gesetzentwürfen geplante Steuerbelastung der Landwirtschaft gehe schon über die Grenze des Erträglichen hinaus. — Ob dies zutrifft, bleibt näherer Prüfung vorbehalten. Wenn aber der Reichsbund im Anschluß daran eine Vermögenserhaltungssteuer bekämpft, so ist das völlig unverständlich. Denn diese Vermögens-Zuwachs- und -Erhaltungssteuer trifft doch nicht diejenigen, die unter den jetzigen und unter den geplanten Steuern besonders zu leiden haben, sondern die, welchen es möglich gewesen ist, trotz des Krieges und seinen Nachwirkungen ihr früheres Vermögen zu erhalten oder sogar zu vermehren. Wenn der Reichslandbund derart entschieden gegen die Inflationssteuer Stellung nimmt, so muß man vermuten, daß unter denen, die in diesem Bunde das große Wort führen, eine erkleckliche Zahl von Kriegsgewinnlern sich befindet, die nunmehr keine Neigung haben, auf den mühelos erworbenen Vermögenszuwachs auch nur teilweise zu verzichten, im Interesse der vielen Tausenden von notleidenden Kleinrentnern und Hypotheken-Gläubigern. Diese Steuersehen reichgewordener Landbündler steht in recht seltsamem Gegensatz zu dem Patriotismus dieser Herren, mit dem immer renommiert wird, wenn die anderen zahlen sollen.

Aus den Vereinen.

Republikanischer Frauenbund.

Die am Montag, den 11. Mai, im „Schwarzen Bär" stattgefundene Mitgliederversammlung war sehr gut besucht und folgte den interessanten Ausführungen der Gräfin Dohna mit größter Aufmerksamkeit. Anschließend folgte eine rege Aussprache. Das Andenken an Frau Hedwig Wanse, einer eifrigen Republikanerin, wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt.

Der nächste Werbeabend wird nach dem Pfingstfest abgehalten. Der genaue Termin wird noch bekanntgegeben.

Demokraten!

Euer Parteiblatt ist der

„Politische Wegweiser"

Werbt Abonnenten unter Mitgliedern und Freunden!

Verantwortlich für die Schriftleitung: Freda Marie Gräfin zu Dohna; für den Anzeigenteil und Verlag: Deutsche Demokratische Partei. Sämtlich in Halle.

Soeben erschienen!

Junge Demokratie

Reden und Schriften politischen Inhalts

von

Anton Erkelenz

Inhalt:

Vorwort. — Der Zusammenbruch Europas. — Rhein und Reich. — Für Deutschlands Freiheit und nationale Ehre. — Zum 6. Geburtstage der Reichsverfassung. — Die Aufgaben der Arbeitnehmer im demokratischen Staat. — Diplomatische Offensive. — Demokratie, Völkerfreiheit. — Innerpolitische Auswirkungen. — Eine Lehre der Erfahrung. — Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. — Die große Probe. — Wenn ihr den Aussen tragt. — Im Zeichen der Einheit werden wir siegen. — Stresemann und die Große Koalition. — Nach einem Sturme! — Die geschichtliche Schuld der deutschen Schwerindustrie. — Der englische Regierungswechsel und die deutsche Außenpolitik. — Die Krise der Demokratie in Deutschland. — Demokratie und Sozialdemokratie. — Die Aufgabe der Demokratie in Europa. — Zukunftsaufgaben der Demokratie. — Der müde Ladeninhaber. — Frankreich am Vorabend der Londoner Konferenz. — November 1923 bis August 1924. — Zu den kommenden Zollkämpfen. — Die Tragödie Deutschlands. — Nicht bürgerlich oder sozialistisch, sondern demokratisch.

Preis gebunden 5,— Mark

Bei Bestellungen an die Reichsgeschäftsstelle 4,— Mark, auf je 10 Exemplare 1 Freiexemplar

Verlag F. A. Herbig, G. m. b. H., Berlin W 35, Flottwellstr. 4

Werbt neue Abonnenten!

Kl. Berlin 2
Geiststr. 17

DER HEROLD

ist eine im VI. Jahrgang erscheinende Monatsschrift, die von Hans-Werner Gyßling und Ernst Lemmer herausgegeben wird. DER HEROLD ist bei einer ständigen Mindestauflage von 10 000 Exemplaren die größte, billigste und über das Reichsgebiet gleichmäßig verbreitete Zeitschrift der jungdemokratischen Bewegung. DER HEROLD ist in seinem bundespolitischen Teil das beschlossene Blatt des Reichsbundes Deutscher Demokratischer Jugend und des Reichsbundes Deutscher Demokratischer Studenten. DER HEROLD kostet vierteljährlich nur eine Mark und kann auf jedem Postamt bestellt werden. DER HEROLD bringt zurzeit Beiträge von Ernst Lemmer über „Republik und Reaktion im Kampf", Hans-Werner Gyßling über praktische Fragen der Jugendbewegung, Heinrich Koch über „Staatsgedanke und Wirtschaft", Ernst Schein über elementare Wirtschaftsfragen, Walter Goetz über „Bismarck und die heutige Jugend", Martin Hobohm über „Das alte, heilige Potsdam", Alfons Steiniger über „Europa" usw. DER HEROLD verfügt über einen besonderen literarischen, einen studentischen und einen jugendpolitischen Teil. — Verlangen Sie ein unberechnetes Probeheft von der

Herold-Verlagsgesellschaft m. b. H.
Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.

Ich bestelle hiermit Exemplar „Politischer Wegweiser" Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland für Monat Juni 1925 und bitte, den Bezugspreis von monatlich 55 Pfennig zuzüglich 10 Pfennig Postgebühr von mir einzuziehen

Name ____

Ort ____

Straße ____

An die Postanstalt

Unfrankiert in den nächsten Briefkasten werfen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19250516-13/fragment/page=0004

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Donnerstag. — Bezugspreis: 55 Goldpfennig monatlich zuzügl. 10 Pfg. Postzustellungsgebühr. — Bestellungen auf den „Politischen Wegweiser" nehmen alle Postämter und der Verlag Halle a. S., Leipzigerstr. 21, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zweigespaltene Nonpareille-Zeile 20 Goldpfg. — Im Reklameteil 1 Mk. — Anzeigen-Annahme durch den Verlag, Halle a. S., Leipzigerstr. 21. — Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle a. S., Leipzigerstr. 21. — Schriftleitung: Halle a. S., Leipzigerstr. 21, Tel. 1277. — Druck: Buchdruckerei der Hallischen Nachrichten, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 18.

Nummer 10 — Halle (S.), Sonnabend, 16. Mai 1925 — 1. Jahrgang

Hindenburgs Bekenntnis zur Volkssouveränität

Deutschnationale Enttäuschungen.

In Preußen scheint die Deutsche Volkspartei, die durch sie herauftbeschworene gänzlich überflüssige fünfmonatliche Krise endlich zu bereuen; sie hat sich zum ersten Male aus der Gefolgschaft der Deutschnationalen befreit: Fünf Mitglieder der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei haben an der Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Braun nicht teilgenommen, so daß es mit 222 gegen 216 Stimmen abgelehnt wurde. Wie sich die Dinge in Preußen weiter gestalten werden, läßt sich noch nicht voraussagen; vorläufig buchen wir den Erfolg, daß die Deutsche Volkspartei endlich die Sinnlosigkeit und Unverantwortlichkeit ihres Zerschlagens der erprobten großen Koalition in Preußen einzusehen scheint. Die Deutschnationalen haben hier eine empfindliche Schlappe erlitten. Dazu kommt ihre Blamage bei den Aufwertungsverhandlungen, über die an anderer Stelle dieses Blattes ausführlich berichtet wird.

Es geht überhaupt nicht alles nach ihren Wünschen; auch der Einzug und die Vereidigung Hindenburgs dürften ihnen manche Enttäuschungen gebracht haben. Zwar waren von auswärts Verstärkungen der „Vaterländischen" Verbände eingetroffen, so daß die Reaktion durch ein, wenn auch stellenweise sehr dünnes Spalier die Vorüberfahrt eines schwarz-weiß-roten Berlin ermöglichen konnte; — obgleich die Reichshauptstadt bekanntlich zu Zweidrittel gegen Hindenburg gestimmt hat! Da das Reichsbanner sich leider an den Einzugsfeierlichkeiten nicht beteiligte, wurde der Rechten ihre Irreführung und ihre Taktlosigkeit erleichert. Denn als Taktlosigkeit, um nicht zu sagen: Frivolität, muß man es bezeichnen, wenn am Vorabend des Tages, an dem Hindenburg die republikanische Verfassung und ihre Farben beschwören soll, die Fahnen, die leider zum Stampfsymbol gegen unseren heutigen Staat geworden sind, und wenn verbotene Verbände, mit Hakenkreuzen, die Kapp-Putsch und Bürgerkriegsparole leitgeniert haben, den neuen Reichspräsidenten aufdringlich grüßen. Allein den Gipfel der geplanten Anmaßungen zu erklimmen, wurde ihnen im Interesse der öffentlichen Ordnung untersagt: Den Präsidenten der Republik mit dem Fridericus Rex Marsche zu empfangen und ihn dadurch zum Statthalter der Monarchie zu stempeln.

Schon vor der Wahl Hindenburgs hat Graf Reventlow in seinem „Reichswart" zynisch erklärt: „Sogenannte moralische Bedenken kommen für uns hinsichtlich „innerer Aufstände" zwar nicht in Betracht, sondern nur die Erkenntnis der Erfolglosigkeit, der Sicherheit des Mißerfolges". Sobald also die Rechtsbolschewisten den Erfolg gesichert glauben, werden sie, auch über Hindenburg hinweg, die Gegenrevolution in Szene setzen ... Graf Westarp meint nach der Wahl Hindenburgs in der „Kreuz-Zeitung": ... Ebenso sicher aber ist, daß die Ideen und Wünsche, die zu dem Siege des 26. April geführt haben, bis zu Ende durchgedacht in dem monarchistischen Gedanken gipfeln. Diese Entwicklung in unausgesetzter treuer Werbearbeit zu fördern, ist die Aufgabe." Graf Westarp muß gestatten, daß das republikanische Deutschland ihn in seiner Werbearbeit ein wenig zu stören gedenkt. Und wenn selbst Hindenburg nicht die Hälfte der deutschen Wähler auf seiner Seite hatte, so wird nach allem Erleben eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes, wenn es danach gefragt werden sollte, sich gegen die Wiedereinführung der Monarchie aussprechen.

Die größte Enttäuschung mag den Rechtsradikalen jedoch der neue Reichspräsident selber verursacht haben, der nach seiner feierlichen Vereidigung im Reichstage unter dem alten Banner von 1848 in seiner Rede an den Reichstagspräsidenten Löbe ein dreifaches Bekenntnis ablegte: Einmal zur „republikanischen Verfassung vom 11. August 1919", zum anderen zur „Volkssouveränität, die die Grundlage unseres gesamten heutigen Verfassungslebens bildet". „Das ist", so fuhr Hindenburg fort, „der tiefe Sinn der Verfassung, auf die ich mich soeben durch mein Manneswort feierlichst verpflichtet habe." Endlich zur Aufgabe des Reichspräsidenten, der „überparteilichen Zusammenfassung aller arbeitswilligen und aufbaubereiten Kräfte unseres Volkes."

Dieses Bekenntnis zu Verfassung, Volkssouveränität und Volksgemeinschaft wird im demokratischen und republikanischen Deutschland freudigen Widerhall finden. Ebenso, nachdem das „Deutsche Tageblatt" gehöhnt: „Das hat Herr Ebert mit Hindenburg zu schaffen, Herr Ebert, der von dem Geiste des Barmatismus überschattet in Magdeburg moralisch auf der Anklagebank saß und verurteilt wurde?" — danken wir Republikaner dem Reichspräsidenten für die Worte, die er seinem unvergeßlichen Vorgänger widmete.

Ob sich Hindenburg durch dies alles bei seinen monarchistischen Freunden überaus beliebt gemacht hat, ist eine andere Frage. Schon unterschlägt die Hugenberg-Presse die ihr unbequeme Aeußerung des Reichspräsidenten über die Volkssouveränität; dieses Bekenntnis zur Demokratie ist ihr selbstverständlich überaus fatal.

Allein es will fast scheinen, als ob der neue Reichspräsident — wie Shakespeares Heinrich V. nach seiner Krönung — einen deutlichen Strich zwischen sich und seine früheren Gefährten zu ziehen beabsichtige. Sollte das der Fall sein, so wird er das republikanische Deutschland auf seiner Seite haben.

Wir glauben an die lauteren Absichten des Reichspräsidenten, aber wir mißtrauen den Kreisen, die ihn aufgestellt haben, bis zum Aeußersten.

Hindenburg will „nicht einem einzelnen Stande, nicht einem Stamm oder einer Konfession, nicht einer Partei, sondern dem gesamten, durch hartes Schicksal verbundenen deutschen Volke in allen seinen Gliedern" gehören.

Reichspräsident, werde hart!

F. M. D.

Zwei Kundgebungen Hindenburgs.

An das Deutsche Volk.

Reichspräsident v. Hindenburg hat aus Anlaß der heutigen Amtsübernahme folgende Kundgebung an das deutsche Volk erlassen:

Am 26. April 1925 hat mich das deutsche Volk zu seinem Reichspräsidenten gewählt. Am heutigen Tage habe ich das neue, bedeutungsvolle Amt angetreten.

Getreu dem von mir geleisteten Eide, will ich alle meine Kräfte daran setzen, dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen, die Verfassung und die Gesetze zu wahren, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben.

In dieser feierlich-ernsten Stunde rufe ich unser ganzes deutsches Volk zur Mitarbeit auf. Mein Amt und mein Streben gehören nicht einem einzelnen Stande, nicht einem Stamm oder einer Konfession, nicht einer Partei, sondern dem gesamten, durch hartes Schicksal verbundenen deutschen Volke in allen seinen Gliedern.

Ich vertraue auf den Beistand des ewigen Gottes, der uns auch durch die schwere Notzeit unserer Tage gnädig hindurchführen wird. Ich vertraue auf die in einer stolzen und ruhmreichen Vergangenheit bewährten unsterblichen Lebenskräfte der deutschen Nation. Ich vertraue auf den gerade auch in schwerster Zeit immer wieder gezeigten opferbereiten Lebenswillen unseres Volkes.

Ich vertraue endlich auf den großen Gedanken der Gerechtigkeit, dessen mir aller Kraft zu erstrebender Sieg auch dem deutschen Volke wieder seinen würdigen Platz in der Welt verschaffen wird. Mein erster Gruß gilt allen denen, die unter der Not unserer Zeit besonders leiden. Er gilt den Vielen, die im harten wirtschaftlichen Ringen um ihr Dasein stehen. Er gilt dem ganzen arbeitenden deutschen Volke, von dem die schwere Lage von Staat und Wirtschaft besondere Leistungen erfordert. Er gilt den Volksgenossen außerhalb der deutschen Reichsgrenzen, die mit uns durch Bande des Blutes und der großen deutschen Kulturgemeinschaft unlöslich verbunden sind. Er gilt besonders den Alten und Kranken, die voll Sorge einem trüben Lebensabend entgegenblicken. Und er gilt endlich unserer Hoffnung, unserer deutschen Jugend.

Wir wollen auch weiterhin gemeinsam streben, durch ehrliche, friedliche Leistungen unserem berechtigten Anspruch auf Achtung und Anerkennung bei den anderen Völkern Geltung zu verschaffen und den deutschen Namen von ungerechtem Makel zu befreien, der heute noch auf ihm haftet. Durch Selbstachtung zur Achtung der Welt, durch Selbstvertrauen zum Vertrauen der Anderen!

Wir wollen alle danach trachten, in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Gemeinschaftslebens jedem einzelnen Stand und Volksgenossen sein tägliches Brot, seinen Anteil am deutschen Kulturgut und seine würdige Stellung in der Volksgemeinschaft zu sichern.

Das Reichsoberhaupt verkörpert den Einheitswillen der Nation. Darum reiche ich in dieser Stunde jedem Deutschen im Geiste die Hand. Gemeinsam wollen wir um unserer teuren Toten, um unserer Kinder und Kindeskinder willen ungebeugten Mutes den schweren Weg gehen, der uns durch wahren Frieden zur Freiheit geleiten soll.

*

An die Wehrmacht.

Reichspräsident v. Hindenburg hat an die Wehrmacht folgenden Erlaß gerichtet:

An die Wehrmacht.

Das Vertrauen des deutschen Volkes hat mich an die Spitze des Reiches berufen.

Ich übernehme mit dem heutigen Tage nach der Verfassung den Oberbefehl über die Wehrmacht.

Mit Stolz und Freude begrüße ich Heer und Marine.

Ich habe den Werdegang der Wehrmacht in der Stille von Hannover beobachtet. Geradeaus und unbeirrt ist sie dem deutschen Volke den Weg vorangegangen, auf dem allein der Wiederaufstieg liegt: Durch harte Zucht und Treue auch im Kleinsten aufwärts zu Leistung und Erfolg.

Im alten Sinn für Pflicht und Opfer liegen ihre Wurzeln, ihr Handeln aber gilt der Gegenwart und Zukunft, dem Dienst an Volk und Staat, getreu ihrem Eid und den Aufgaben, die ihr die Verfassung stellt.

Mit fester Zuversicht vertraue ich auf die deutsche Wehrmacht bei meiner Arbeit für des Vaterlandes Ruhe und Gedeihen.

Berlin, 12. Mai 1925.

Der Reichswehrminister. Dr. Geßler. — Der Reichspräsident. v. Hindenburg.

„Zusammenbruch" der Demokratie?

Von

Anna Papritz.

Hat der Ausfall der Wahl wirklich den „Zusammenbruch" der Demokratie erwiesen, wie unsere politischen Gegner in ihrem trunkenen Siegestaumel behaupten? Man sehe die Sache einmal nüchtern an: Hindenburg, der Paladin der Wicking-Bismarck-Stahlhelmbündler, die demnächst mit der wehenden schwarz-weiß-roten Fahne in Frankreich einziehen wollen, wie Hitler s. Z. versprach, hat die Verfassung beschworen. Er stellt sich also auf den Boden der demokratischen Republik. Er erkennt damit an, daß eine andere Staatsform eine Unmöglichkeit ist. Er erkennt damit auch die Notwendigkeit der „Verständigungspolitik" an, die von den säbelrasselnden Helden als „Vaterlandsverrat" gebrandmarkt wurde. Alles, was jene Rechtsradikalen umstürzen wollen, wird jetzt von Hindenburgs starker Hand gestützt. Wozu also der Siegesjubel? Die Demokraten sind bei der Wahl durch eine geringe Majorität geschlagen, aber die demokratische Idee hat einen Sieg erfochten, den man vor wenigen Jahren noch für unmöglich gehalten hätte! Sie hat damit ihre Lebensfähigkeit, ja ihre Unsterblichkeit bewiesen. „Der Geist lebt in uns allen", wie es in dem alten schwarz-rot-goldenen Freiheitsliede heißt, und dieser Geist ist nicht zu ersticken. Er muß sich aber jetzt, nach uns[illegible] baren Niederlage, doppelt lebendig erwe[illegible] müssen durch unsere politische Arbeit bew[illegible] wir die Kulturwerte retten sind, die zu De[illegible] Wiederaufbau die besten Steine herbeitrage[illegible]

Wichtige Gesetze harren ihrer Erledigung. [illegible] setz zur Bekämpfung der Geschlech[illegible] heiten, das Gemeindebestimmun[illegible] das Bewahrungsgesetz. Alle diese G[illegible] getragen von demokratischem Geist. Das [illegible] Gesetz will aufräumen mit der Klassenjustiz, [illegible] pelten Moral", die bis jetzt alle Maßnahme[illegible] kämpfung der Volksseuchen zur Unwirksa[illegible] dammte. Das Gemeindebestimmungsrecht [illegible] anderes als eine Weiterentwicklung der S[illegible] tung, indem es der Gemeinde das Recht gi[illegible] zu bestimmen, wieviele Schankstätten in ihr[illegible] die Konzession erhalten sollen. Und schließl[illegible] wahrungsgesetz will eine alte antisoziale Fo[illegible] Strafrechts in eine soziale Schutzmaßregel u[illegible] durch welche die unglücklichen Opfer erblic[illegible] lagung und verderblicher Umwelt in Bew[illegible] nommen werden können. Die armen Me[illegible] infolge geistiger Minderwertigkeit nicht im[illegible] ein geordnetes Leben zu führen und sich [illegible] mäßige Arbeit zu erhalten, sollen nicht neh[illegible] täter verfolgt werden, sondern sie sollen ein[illegible] erhalten, wo sie vor sich selbst und vor [illegible] beutern sichergestellt sind und zu einer ih[illegible] entsprechenden Arbeit angehalten werden. [illegible] notwendig, daß sich die Allgemeinheit mit [illegible] setzen befaßt, um sie in der Oeffentlichkeit [illegible] und ihre Verwirklichung im Reichstag d[illegible] Die Annahme dieser Gesetze würde eine [illegible] deuten und ein Ruhmesblatt in der Ge[illegible] Demokratie.

Wir Demokraten wollen nicht — dem böse[illegible] Beispiel der Rechtsradikalen folgend — eine rücksichtslose Opposition treiben, sondern wir wollen produktive Arbeit leisten. Wir wollen uns verantwortungsbewußt hinter unseren Reichspräsidenten stellen und unseren Einfluß dahin geltend machen, daß Deutschland in dem bisherigen bewährten Kurs aufwärts geführt wird. Jetzt jubeln unsere äußeren Feinde — Franzosen und Polen — und unsere inneren Gegner, weil sie von Hindenburgs Regierung den Umsturz des Bestehenden erwarten. Wir sind überzeugt, daß ihnen eine herbe Enttäuschung bevorsteht, daß ihre verhängnisvollen Tendenzen im Nebel zerfließen werden und daß — wie Hindenburgs Wahl in gewissem Sinne einen Sieg der demokratischen Idee bedeutet — auch seine Regierung letzten Endes zu einem Erfolg und zu einer Stärkung unserer Grundsätze führen wird. Dazu bedarf es freilich der größten Wachsamkeit, der treuesten Pflichterfüllung und intensivsten Mitarbeit der Demokraten.

Der deutschnationale Aufwertungssachverständige gegen die Vorlage des Finanzministers.

Die Deutschnationalen wollen sich bei der Beratung über die Aufwertungsvorlage größte Enthaltsamkeit auferlegen und diese hochbedeutsame Frage nach Möglichkeit dem Parteistreit entziehen. So sprach Herr Hergt im Reichstag für die Deutschnationalen unter dem größten Gelächter vom Zentrum bis zu den Sozialdemokraten. Denn bisher haben die Deutschnationalen sich nicht die geringste Enthaltsamkeit auferlegt, und sie haben bei der Wahl für den Reichspräsidenten die größte Hetze gegen den Volksblock in der Aufwertungsfrage sich geleistet. Nachdem aber am Freitag der Aufwertungsmann der Deutschnationalen, Abgeordneter Professor Dr. Best, im Aufwertungsausschuß bei der Inflationsgewinnsteuer mit den Demokraten und den Sozialdemokraten gestimmt und die Front der Deutschnationalen verlassen hatte, ist diese Partei in die äußerste Verlegenheit versetzt worden. Diese Verlegenheit ging so weit, daß die Deutschnationalen gestern der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und sogar den Demokraten den Vorschlag machten, man solle sich dahin einigen, von einer Debatte im Reichstag abzusehen und sich auf die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung zu beschränken. Die Deutschnationalen holten sich aber bereits beim Zentrum einen Korb. Das ist auch begreiflich, denn die Deutschnationale Partei, ihre Presse und ihre Flugblätter haben ja gerade den Zentrums-Reichskanzler Marx als Präsidentschaftskandidaten in der unglaublichsten Weise wegen der Aufwertungsfrage verdächtigt. So kam es also zu keiner gemeinsamen Erklärung, die natürlich die Demokraten von vornherein ablehnen mußten.

Der Abgeordnete Keil von der sozialdemokratischen Partei war in der Lage darauf hinzuweisen, daß der bereits genannte Abgeordnete Best von der Deutschnationalen Partei im Aufwertungsausschuß gesagt hat, die Regierungsvorlage — also wohlgemerkt, die Vorlage des deutschnationalen Reichsfinanzministers — atme nicht den Geist deutscher Ehrlichkeit, sondern den Geist des internationalen Großkapitals und der rechtlichen und sittlichen Verwilderung. Man kann sich nicht wundern, daß die Erklärung, die der deutschnationale Abgeordnete Hergt vorlas, sich drehte und wendete und letzten Endes erklärte, daß zwar seine Partei den Grundgedanken der Aufwertungsvorlagen allgemein billige, aber doch in einigen Punkten Verbesserungen [illegible] durch den Abgeordn[illegible] Verbesserungen nes[illegible] klärung gab der Ab[illegible] die Deutsche Volks[illegible]

[illegible] gründliche Abrechnung [illegible] demokratische Abge[illegible] er ging mit den Ver[illegible] besonders der Deutsch[illegible] bis jetzt nichts erfüllt [illegible] icht. Er wies darauf [illegible] in der Reichstagen [illegible] werden müssen, sich [illegible] rücken, daß man den [illegible] abrelang unter[illegible] gemacht hat. Noch [illegible] be man den Wählern [illegible] sprochen. Nach den [illegible] arteien hat man dieses [illegible] aufgegeben. Abgeordn[illegible] gierungsvorlage unter[illegible] gend. Er forderte [illegible] tischen Fraktion [illegible] pareinlagen in [illegible] Bei der Aufwertung [illegible] ne man kaum einer [illegible] den des Reiches und [illegible] se mindestens für die [illegible] gelten, die das Reich [illegible] betonte er dann unter [illegible] Kriegsanleihe[illegible] behandelt wer[illegible] Anleihezeichner[illegible] en auf, daß man durch [illegible] ulation, die in gewinn[illegible] sucht[illegible]iger Absicht Reichsanleihen erworben habe, gewissermaßen in gleicher Weise berücksichtigen wolle, wie die Altbesitzer von Reichsanleihen. Das dürfe keinesfalls geschehen. Die Deckung der von der Demokratischen Partei geforderten weitgehenden Aufwertung muß vor allem durch die Vermögenszuwachs- und Erhaltungssteuer erfolgen, die ja jetzt vom Ausschuß gegen die Stimmen der Rechtsparteien beschlossen worden ist. Der Redner forderte die Regierung auf, ihren Widerstand gegen eine gerechte Aufwertung aufzugeben. Die von der Regierung angeführte Verarmung der deutschen Wirtschaft ist kein Argument gegen die Aufwertung. Denn die Folge der Aufwertung, so betonte er richtig, kann nicht ein Verlust an Kapital, sondern nur eine Aenderung in seiner Verteilung sein. Eine neue Inflation sei nicht zu befürchten. Die Demokratische Partei habe praktisch mehr für die Aufwertung getan als die Parteien der Rechten. Der Redner erntete außergewöhnlich großen Beifall.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19250516-13/fragment/page=0005